

Inhalt

Einleitung.....	2
Wo stehen wir heute?	
Formale Rechte, Diskriminierung und Szene.....	3
MigrantInnen und Homosexualität.....	4
Transsexualität/Transidentität.....	5
HIV/AIDS.....	6
Geschichte des Kampfes für Gleichberechtigung	
Vom Ende des 19. Jahrhunderts bis 1969.....	9
Stonewall und die Bewegungen der 70er und 80er.....	11
Schwule und Lesben in der DDR.....	14
Entwicklungen in der Sowjetunion.....	15
Raus aus der Sackgasse: Wie die schwul-lesbische Bewegung aufbauen?.....	16
Kein Regenbogen unter dem Kapitalismus - Was Sozialismus und (homo)sexuelle Befreiung miteinander zu tun haben.....	20
Lateinamerika: Der Kampf gegen Vorurteile heißt Klassenkampf.....	21
Das Programm der SAV.....	23

Einleitung

„Ich bin froh, bei den Stonewall-Unruhen dabei gewesen zu sein. Ich erinnere mich: Als jemand einen Molotow-Cocktail warf, dachte ich: ‚Mein Gott, die Revolution ist da. Die Revolution ist endlich da!‘ Ich habe immer geglaubt, dass wir zurückschlagen würden. Ich wusste einfach, dass wir zurückschlagen würden. Ich wusste nur nicht, dass es in dieser Nacht sein wird. Ich bin stolz auf mich, in dieser Nacht dabei gewesen zu sein. Wenn ich diesen Moment verpasst hätte, wäre ich irgendwie verletzt gewesen, weil es dieser Moment war, in dem ich sah, dass sich die Welt für mich und meine Leute änderte. Natürlich, wir haben noch einen langen Weg vor uns.“

Sylvia Rivera, Teilnehmerin der Stonewall-Unruhen 1969 in New York

2009 sind es 40 Jahre her, dass sich zum ersten Mal Lesben, Schwule, Drag Queens direkt und militant gegen die Polizeiwillkür wehrten und massenhaft auf die Straße gingen, um ihre Forderungen zu stellen. Sie hatten es satt, ständig den Übergriffen der Polizei, der täglichen Diskriminierung, der Willkür einer heuchlerischen und bigotten Gesellschaft ausgesetzt zu sein. Sie kamen zu dem Schluss, dass die vorsichtige, möglichst nirgendwo aneckende Lobbyarbeit der 50er und 60er letztlich nichts geholfen hatte. Die Fortschritte, die es mittlerweile gegeben hat, die Offenheit, mit der mittlerweile viele Schwule, Lesben und Bisexuelle in einer Reihe von Ländern leben, sind diesen mutigen Menschen und denen, die ihnen folgten, zu verdanken.

Der Aufbruch der Schwulen- und Lesbenbewegung fiel zusammen mit einer viel größeren und breiteren Bewegung. Die afroamerikanische Bevölkerung nahm den Rassismus nicht mehr hin. Weltweit gab es entschiedene Proteste gegen den Vietnamkrieg. Und im Mai 1968 war es in Frankreich fast so weit, dass der Kapitalismus abgeschafft worden wäre. Arbeiterinnen und Arbeiter legten zusammen mit den Studenten und Studentinnen das Land in einem Generalstreik lahm und begannen neue Strukturen der Selbstverwaltung zu bilden. Überall wurde über Alternativen zum Kapitalismus diskutiert. Auch im Ostblock wollten die Menschen die Unterdrückung und Lähmung der stalinistischen Parteifunktionäre nicht weiter hinnehmen – der Prager Frühling ließ auch hier die Hoffnung auf eine wirklich sozialistische Gesellschaft konkret werden.

Haben die Kämpfe der 60er und 70er auch ihre maximalen Ziele nicht erreicht,

so haben sie doch ein Erbe hinterlassen und reale Fortschritte gebracht. Die Verbesserung der Situation für viele Lesben und Schwulen sind Teil davon. Heute hat sich einiges geändert. Die Vorstellung über eine andere Gesellschaft jenseits des Kapitalismus beginnt erst wieder zu wachsen. Doch die Angriffe auf die Masse der Bevölkerung sind so heftig wie lange nicht mehr. Der Sozialstaat wird abgewickelt, breite Schichten verarmen, im Irak und Afghanistan wird Krieg geführt und die Bundeswehr ist wieder weltweit dabei.

Auf den ersten Blick könnte man meinen, die Emanzipation von Schwulen und Lesben gehe immer weiter aufwärts. Die Paraden zum Christopher Street Day sind so groß wie nie, es gibt die Homo-Ehe und offen schwule Bürgermeister regieren Großstädte. Doch die Erfolge sind nicht so sicher, wie sie scheinen, und oft auch nicht so bedeutend, wie es den Anschein hat. Von einem wirklich offenen und toleranten Umgang mit Sexualität sind wir weit entfernt. Nach wie vor sind die meisten Lesben und Schwulen auf eine Szene angewiesen, in die sie sich zurückziehen können. Und diese Szene wird vor allem eins – immer teurer. Leider nicht unbedingt besser und vielfältiger. Selbst in Rechtsfragen werden wir nach wie vor gesondert behandelt. Die Homo-Ehe ist der Ehe nicht gleich gestellt. Vor allem wird damit aber die staatliche Einmischung in private Partnerschaften nicht abgeschwächt, sondern ausgedehnt. Gleichzeitig werden konservative Familienbilder wieder verstärkt propagiert – Eva Hermann lässt grüßen. Homophobie ist nach wie vor ein Mittel, das gerne hervorgeholt wird, wenn es gilt, die Gesellschaft zu spalten. Die christlich-fundamentale Rechte in den USA ist eine deutliche Warnung.

Die Lesben- und Schwulenbewegung ist auf solche Entwicklungen unzureichend vorbereitet. Sie hat sich zum großen Teil in reiner Lobbyarbeit verloren oder betreibt einfach die Vereinsarbeit weiter, die sie schon immer gemacht hat. Aber das reicht nicht. Auf diese Weise wird die Bewegung es nicht schaffen, mit anderen zusammen gegen Unterdrückung in der Gesellschaft zu kämpfen. Schwule und Lesben sind ebenso von Verarmung betroffen wie andere. Für sie bedeutet das, nicht mehr die kommerziellen Angebote der Szene wahrnehmen zu können. Um andere Angebote ist es aber schlecht bestellt. Internetportale allein bieten da auch keinen Ersatz.

Der Kapitalismus basiert vor allem auch auf der Spaltung der arbeitenden und er-



Sylvia Rivera

werbslosen Bevölkerung nach Herkunft, sexueller Orientierung und Geschlecht, um die Herrschaft einer Minderheit der Kapitalisten über die Mehrheit der Arbeiter, Jugendlichen und Arbeitslosen zu sichern. Wir sind der Überzeugung, dass eine völlige Gleichberechtigung von Schwulen, Lesben, Transgender und Bisexuellen daher nur erreicht werden kann, wenn der Kapitalismus überwunden wird. Eine Alternative, eine sozialistische Gesellschaft, ist nötig. Diese ist die Grundlage dafür, dass die Unterdrückung, Repression und Rücksichtslosigkeit aus der Gesellschaft verschwinden.

Die sozialistische Bewegung im Zuge der russischen Oktoberrevolution 1917 hat in ihren Anfängen bezüglich der Gleichberechtigung von Frauen wie auch von Schwulen und Lesben viel geleistet. Doch es hat dann Entwicklungen in den stalinistischen Staaten des Ostblocks gegeben, die das Gegenteil von Emanzipation und Gleichberechtigung waren. Auch in Kuba sind diese Dinge nach wie vor nicht zum Besten bestellt. Wir müssen solche Entwicklungen offen diskutieren und kritisieren.

Mit dieser Broschüre wollen wir Diskussionen unter Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgender und unter Linken hervorrufen. Wir wollen klarmachen, wo die Erfolge der letzten Jahre eigentlich herkommen und was noch zu tun ist. Wir wollen unsere eigene Geschichte darstellen. Wir wollen Vorschläge machen, wie wir wieder Bewegung in die Bewegung bringen.

Die Autorinnen und Autoren,

Alexandra Arnsburg (Berlin), Kai Bleck (Berlin), Holger Dröge (Berlin), Anja Goldschmidt (Berlin), Marcus Hesse (Aachen), Uwe Koop (Hamburg), Alessandra Lacerda (Brasilien), Jan Maler (Hamburg) und Ingmar Meinecke (Leipzig)

Wo stehen wir heute?

Formale Rechte, Diskriminierung und Szene

Von vielen wird Europa als Paradies der Gleichberechtigung für Lesben und Schwule gesehen. Während in manchen Ländern der Welt auf homosexuelle Handlungen noch die Todesstrafe steht, können gleichgeschlechtliche Paare hier offiziell eine eheähnliche Gemeinschaft eingehen, in einigen EU-Ländern sogar heiraten. Doch wie weit gehen diese Rechte wirklich? Ist in Deutschland das erreicht, wofür die Lesben- und Schwulenbewegung jahrzehntelang gekämpft hat?

Die Home-Ehe und das Anti-Diskriminierungsgesetz

Die Homo-Ehe und das Anti-Diskriminierungsgesetz sind die bedeutendsten rechtlichen Schritte zur offiziellen Anerkennung von Lesben und Schwulen. Doch beide Gesetze sind nur eine scheinbare Gleichbehandlung.

Die Homo-Ehe ist keine Gleichstellung zur heterosexuellen Ehe, sondern ein Sondergesetz, welches ausschließlich für gleichgeschlechtliche Paare gilt. Für einige Lesben und Schwule bedeutet dieses Gesetz zwar eine Verbesserung ihrer rechtlichen Situation. Bei näherem Hinsehen ist es allerdings nur eine Errungenschaft für die Lesben und Schwulen, die in einer monogamen Beziehung leben, die der bürgerlichen Vorstellung der Ehe ähnelt. Ihnen verspricht die Homo-Ehe Vorteile, doch all diejenigen, die nicht in einer festen

man zusammenlebt, und entsprechend gekürzt. Egal ob vom gleichen oder vom anderen Geschlecht.

Wir setzen uns für die Gleichstellung aller Lebensweisen ein. Statt einer Einmischung des Staates in zwischenmenschliche Beziehungen, und Vorteile, die an eine staatlich legitimierte Partnerschaft gebunden sind, brauchen wir zum Beispiel einen kostenlosen Zugang zur Gesundheitsversorgung für alle und die Möglichkeit, auch anderen außer unseren PartnerInnen oder Familienangehörigen Rechte wie die Entscheidungsvollmacht im Krankheitsfall zu übertragen. Auf dieser Grundlage ist dann eine monogame Zweierbeziehung nicht mehr über alle anderen Formen des vielfältigen menschlichen Zusammenlebens gestellt, und der Staat hat kein Mitspracherecht mehr bei unserer Partner- und Partnerinnenwahl, egal ob homo oder hetero, ob zu zweit, zu dritt oder zu viert, ob monogam oder polygam.

Das Allgemeine Gleichstellungsgesetz (AGG), wie das Anti-Diskriminierungs-Gesetz offiziell heißt, bietet den rechtlichen Rahmen, um gegen Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung zu klagen. Allerdings sind bisher wenige Fälle bekannt und die von Gegnern des Gesetzes befürchtete Flut von Klagen blieb aus. Das liegt zum Teil daran, dass der oder die Betroffene die Schuld beweisen muss. Eine erweiterte



taugt es wenig.

Diskriminierung am Arbeitsplatz geht weiter

Auch die Situation am Arbeitsplatz ist für viele Schwule und Lesben alles andere als rosig. Laut einer Online-Umfrage machen 75 Prozent Erfahrungen mit Diskriminierung. Hierbei muss allerdings unterschieden werden zwischen Mobbing unter KollegInnen und Mobbing seitens des Chefs.

Mobbing unter KollegInnen entsteht im Konkurrenzsystem und passt den Chefs meistens gut in ihren Plan. Wenn die ArbeitnehmerInnen eines Betriebs sich untereinander in den Haaren liegen, ist es unwahrscheinlicher, dass sie sich im Falle von Entlassungen, Arbeitszeitverlängerungen und Lohnkürzungen zusammen tun und dagegen kämpfen. Ein solcher Kampf gegen Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen und Entlassungen kann aber nur erfolgreich sein, wenn alle Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen eines Betriebs geschlossen dagegen kämpfen. So gibt es also von Seiten der Unternehmer wenig Interesse daran, verwurzelte Vorurteile und Homophobie in ihren Betrieben zu bekämpfen.

Mobbing seitens des Chefs hat eine andere Funktion. Chefs können genauso homophobe Ansichten haben wie ihre

Von klein auf werden wir damit konfrontiert, wer wir zu sein haben

Zweierbeziehung leben, fallen aus dem Gesetz raus.

Rechte wie die Entscheidungsvollmacht und das Recht auf Information im Krankheitsfall, Familienversicherung in der Krankenkasse und Erbschaftsangelegenheiten sind nach wie vor an die Familie und die Partnerschaft gebunden, egal ob gleich- oder gegengeschlechtlich.

Doch wenn es darum geht, den Leuten das Geld aus der Tasche zu ziehen, dann ist völlig egal, ob verheiratet, verpartnert oder nicht. Beim Arbeitslosengeld II zum Beispiel gibt es die Gleichbehandlung aller Lebensweisen. Bei ALG II-Empfängern und Empfängerinnen wird eine Beziehung unterstellt, wenn

Beweislastumkehr ist hier von Nöten (zum Beispiel, dass der Arbeitgeber beweisen muss, dass er nicht diskriminiert).

Auch gibt es für Arbeitgeber und Vermieter genügend andere Gründe, eine/n unliebsame/n KandidatIn loszuwerden. Und diese Möglichkeiten werden auch genutzt, denn solange es nicht genügend Jobs gibt, nützt auch ein Anti-Diskriminierungsgesetz wenig. Es findet lediglich eine andere Verteilung des Mangels statt. Die Antwort auf Diskriminierung muss daher genügend Arbeit und preiswerter Wohnraum für alle sein. Das Anti-Diskriminierungs-Gesetz entpuppt sich also nur als Beruhigungsspiel für Schwule und Lesben, in der Realität

MitarbeiterInnen, allerdings sitzen sie am längeren Hebel. Wenn sie jemanden nicht mehr im Betrieb haben wollen, dann können dafür Kinder und Familie genauso erhalten wie Homosexualität oder die Frisur. Was nötig ist, um sich am Arbeitsplatz vor homophoben und anders motiviertem Mobbing des Chefs zu schützen, sind starke und kämpferische Gewerkschaften und Personalvertretungen mit einem entsprechenden Programm gegen Homophobie, die an der Seite der KollegInnen stehen und sie gegen die Chefs verteidigen. Wir setzen uns für eine gewerkschaftliche Kampagne zur Aufklärung und gegen Mobbing in den Betrieben ein.

Diskriminierung in der Schule

Mobbing beschränkt sich aber nicht auf den Betrieb. Auf dem Schulhof ist „Schwul!“ immer noch ein häufiges Schimpfwort. Für viele Jugendliche bedeutet ihr Coming Out die Gefahr, Freunde zu verlieren und in der Schule gemobbt zu werden. Nicht viele LehrerInnen fühlen sich fachlich und persönlich in der Lage, souverän und vorurteilsfrei mit der Klasse über Homosexualität zu sprechen und in Fällen von homophobem Mobbing einzugreifen. In einigen Lehrplänen ist zwar die Behandlung von Homosexualität in Sexualkunde vorgeschrieben, allerdings wird das oftmals mit einer reinen Erwähnung der Existenz von Homosexualität abgehandelt.

Anstatt die Unterrichtsinhalte von bürokratischen Institutionen vorgesetzt zu bekommen, brauchen wir von allen Beteiligten (dass heißt SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern) demokratisch

aufgestellte Lehrpläne, so dass sich in allen Fächern, nicht nur in Biologie, auch mit der Lebensrealität der Schüler und Schülerinnen beschäftigt und darauf eingegangen wird. Dafür sind vor allem die Einstellung von qualitativ mehr LehrerInnen und eine drastische Verkleinerung der Klassen nötig. Außerdem können LehrerInnen durch entsprechenden Fortbildungsangebote sowie einer Auseinandersetzung mit dem Thema im Studium und Referendariat lernen, mit den Bedürfnissen ihrer SchülerInnen umzugehen.

Szene: Befreiung oder Zeichen der fortbestehenden Diskriminierung?

Für viele Schwule und Lesben ist die Szene, das heißt die schwul-lesbische Subkultur, immer noch der Ort, um sich abseits der heterosexuellen Gesellschaft mit anderen Schwulen und Lesben zu treffen, nicht mit Vorurteilen und Diskriminierung konfrontiert zu werden und einfach mal sie selber zu sein. Doch auch hier herrschen gewisse Normen und Erwartungen. Der anerzogene Druck aus der heterosexuellen Gesellschaft, sich so zu verhalten, wie es sich für das eigene Geschlecht gehört, wird hier teilweise ins Gegenteil gekehrt und eine homosexuelle Norm geschaffen, die Ablehnung und Ausgrenzung von denjenigen zur Folge hat, die anders sind. Sich „anders“ zu verhalten, hat in der Szene also oft die gleichen Auswirkungen wie in der heterosexuellen Welt. Anstatt dass verschiedene Arten homosexueller Lebensweisen kennen gelernt und gelebt werden, besteht der Druck zur Anpassung an die, in diesem Fall homosexu-

elle, Norm.

Der kapitalistische Markt hat hier eine neue Goldgrube gefunden. Während Partys immer teurer werden und man im Internet in teils kostenpflichtigen Foren angeblich den Traumpartner/die Traumpartnerin finden kann, werden öffentliche Räume privatisiert und Projekten wird die finanzielle Unterstützung gekürzt. Doch dieser Rückzug in die Darkrooms und das Internet ist eine Sackgasse.

Wenn es gute und günstige öffentliche Räume und staatlich finanzierte Projekte gibt, kann eine andere Art Szene entstehen, in der jede und jeder willkommen ist und wo man unverbindlich miteinander in Kontakt kommen kann, fern ab vom Konsumzwang der teuren Clubs.

Trotzdem bleibt die Szene ein Ghetto, auch eine gute, öffentlich finanzierte Szene. Die Szene ist für manche der einzige Ort, an dem sie selbst sein können; und das allein schon reicht als Beweis dafür, wie viel noch getan werden muss. Schwule und Lesben sind noch längst keine Selbstverständlichkeit in der Gesellschaft.

Die SAV fordert deshalb:

- **Drastische Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich – Verteilung der vorhandenen sinnvollen Arbeit auf alle**
- **Schaffung von ausreichend guten und günstigen Wohnraum für alle**
- **Für ein öffentliches, kostenloses Gesundheitswesen**

MigrantInnen und Homosexualität

Die Politik der Herrschenden besteht darin, Minderheiten gegeneinander auszuspielen. Die Diskussion über die Einbürgerungstests, die Anwärter und Anwärterinnen auf die deutsche Staatsbürgerschaft ablegen sollen, hat die Frage von der „Verträglichkeit“ von Homosexualität und dem Islam wieder auf die Tagesordnung gesetzt.

In einigen unserer Nachbarländer sind Einbürgerungstests schon Gang und Gebe. Ziel soll das Aussortieren von Menschen sein, die ein Problem mit

Schwulen und Lesben haben. Angeblich, um die Akzeptanz von Homosexualität zu steigern und gewalttätigen Übergriffen vorzubeugen. Dahinter steckt aber vor allem reaktionäre Propaganda gegen MigrantInnen. Das in den etablierten Medien propagierte Bild von einem Moslem ist das von einem potentiellen Terrorist, der Frauenrechte und Homosexuelle mit Füßen tritt und die „freie“ westliche Welt mit seinem Dschihad überziehen will. Dieses Bild entspricht nicht der Realität und nützt einzig und

allein den etablierten Politikern und den Zwecken der Wirtschaft. Es schürt Misstrauen und Angst unter den in diesem System Unterdrückten, zwischen Homosexuellen und MigrantInnen.

Es gibt eine Debatte über die Übergriffe von MigrantInjünglingen auf Schwule. Jeder Übergriff ist dabei zu verurteilen. Doch Homophobie ist kein Phänomen des muslimischen Glaubens. So bezeichnete der katholische Kardinal Meißner 2003 bei einem Besuch in Ungarn in einen Atemzug Homosexuelle,

Drogensüchtige, Terroristen und andere Gruppen als Gifte, die der europäische Mensch „ausschwitzen“ müsse. Eine Angela Merkel hatte keine Probleme damit mit dem Präsidenten Polens Kaczynski zusammen zu sitzen, der für seine homophoben Äußerungen bekannt ist. Die christliche Rechte in den USA hat sich den Kampf gegen Abtreibung und Homosexuelle auf ihre Fahnen geschrieben.

Politiker profilieren sich damit, dass Europa eine Vorreiterrolle in Sachen Gleichberechtigung von Frauen und Homosexuellen spielt. Es ist natürlich wahr, dass Schwule und Lesben in Westeuropa akzeptierter sind und unbefangener leben können als in den meisten anderen Ländern der Welt. Im Falle der Einbürgerungstests werden die Rechte von Homosexuellen jedoch gegen MigrantInnen instrumentalisiert. Wird ein Migrant, der abgeschoben wurde, weil er als homophob „identifiziert“ wurde, in seinem Heimatland seine Meinung und sein Verhalten ändern? Werden deswegen in Deutschland Neonazis von gewalttätigen Übergriffen auf Schwule und Lesben absehen?

Einbürgerungstests tragen nichts zur Stärkung der Rechte von Lesben und Schwulen bei, sondern dienen lediglich dazu, Menschen den Aufenthalt hier zu verweigern, die die Politiker und ihre Wirtschaftsbosse nicht haben wollen. Wenn nicht mit der Begründung der Homophobie, dann werden andere Gründe

gefunden.

Was wirklich nötig ist, um die Akzeptanz von Schwulen und Lesben zu steigern, ist die Chance unverbindlich miteinander in Kontakt zu kommen und durch gegenseitiges Kennenlernen Vorurteile abzubauen, die die Gesellschaft aufgebaut hat. Wenn MigrantInnen und Homosexuelle erkennen, dass sie gleiche Interessen haben und nur zusammen die Unterdrückung von beiden Gruppen beenden können - die Unterdrückung, die Bestandteil des kapitalistischen Systems ist - und sie zusammen dagegen kämpfen, können viele Vorurteile abgebaut werden.

Von einigen schwul-lesbischen Zeitschriften wird dagegen zum Teil recht unkritisch rassistische Stimmungsmache bürgerlicher Medien gegen MigrantInnen wiedergegeben. Ein Blatt wie die Siegestsäule in Berlin titelte zum Beispiel „Türken raus“, was sie als scherzhaftes Wortspiel zum Coming Out von Deutschen türkischer Herkunft verstanden wissen wollten. Doch damit wird eben gleichzeitig die rassistische Politik in Deutschland bedient. Vorurteile und Diskriminierung von Schwulen, Lesben und Transgender kann nicht mit einer andersartigen Diskriminierung bekämpft werden. Auf der anderen Seite gibt es Organisationen, die sich links nennen, und die, anstatt sich mit dem Thema auseinanderzusetzen, Homosexualität lieber komplett aus ihrem Programm streichen und sich

zu homophoben Äußerungen hinreißen lassen, angeblich um Muslime nicht abzuschrecken.

Dieses Vorgehen führt dazu, gegenseitige Vorurteile weiter zu schüren und steht dem Kampf für mehr Gleichberechtigung nur im Weg. Nur mit einem klaren Programm gegen jegliche Unterdrückung und für eine demokratische, sozialistische Gesellschaft kann letztendlich Gleichberechtigung erkämpft werden, sowohl von Homosexuellen als auch von MigrantInnen.

Diese Organisationen verschweigen außerdem oftmals, wie schwierig die Situation oftmals für homosexuelle MigrantInnen im Alltag ist. Im Umgang mit Homosexuellen ohne deutschen Pass wird auch die offensichtliche Heuchelei des deutschen Staates deutlich. Lesben und Schwule werden abgeschoben, obwohl ihnen in ihren Herkunftsländern Verfolgung oder die Todesstrafe droht. Aufsehen erregte der Fall der Iranerin Yasmin K, die trotz drohender Steinigung aufgrund ihrer Homosexualität im Iran aus Berlin abgeschoben werden sollte.

Die SAV fordert:

- **Gleiche Rechte für alle hier lebenden Menschen**
- **Einführung eines uneingeschränkten Asylrechts und Anerkennung sexueller Verfolgung als Asylgrund**

Transsexualität/Transidentität

In der heutigen Gesellschaft mit den herrschenden Vorstellungen und Idealen werden allen Menschen von Geburt an Rollenzwänge und „typisches“, richtiges Verhalten im eng definierten zwei-geschlechtlichen Rahmen aufgedrückt. Auch wenn sich im kleinen Maße Lebensentwürfe außerhalb dieser Definitionen entwickeln und entwickelt haben, so ist doch das gesamte öffentliche und gesellschaftliche Leben von engen Vorstellungen davon, wie Männer und Frauen zu sein haben, geprägt und durchdrungen.

Von der Modebranche wird uns vorgeschrieben, was wir für Kleidung zu tragen haben, von Zeitschriften und Magazinen wird festgelegt, was Frauen und was Männer interessiert,

auf den meisten Werbeplakaten (egal für welches Produkt) wird gezeigt, wie Männer- und wie Frauenkörper auszusehen haben. Von klein auf werden wir damit konfrontiert, wer wir zu sein haben.

Wenn jemand aus diesen Rollenbildern ausbricht, und sei es nur ein Junge, der mit Puppen spielt oder ein Mädchen, das sich stark für technische Dinge interessiert, wird das als nicht normal bezeichnet. Lesbische Frauen werden als Mannsweiber und Männerhasser abgetan und schwule Männer sind Weicheier, die nichts drauf haben. Selbst in Kreisen, in denen Homosexualität akzeptierter ist, wird dazu geneigt, Rollenklischees anzuwenden. Dann haben die Lesben halt besonders

viel Ahnung von Autos und können bei Reparaturen aller möglichen Dinge zu Rate gezogen werden. Schwule hingegen sind modisch und im Trend und können jedem blitzschnell zum perfekten Outfit und der perfekten Frisur verhelfen.

Sexualität und geschlechtliche Identität sind vielschichtig

Sexualität und geschlechtliche Identität lassen sich aber nicht in vorgefertigte Schubladen zwängen. Nichts ist vielschichtiger und unkontrollierbarer als menschliche Gefühle. Trotzdem wird heute versucht, das alles zu definieren und zu bewerten. Bei der Geburt legt der Arzt das Geschlecht



Foto: Kings of Berlin

des Neugeborenen fest, selbst wenn das nicht eindeutig zu erkennen ist. Nach dem so festgelegten Geschlecht müssen wir dann leben; Kinder, deren Geschlecht bei der Geburt nicht eindeutig zu bestimmen war, werden mithilfe von Hormonen und operativen Veränderungen in das Erscheinungsbild des ihnen zugeteilten Geschlechts gezwungen.

Alles das, was die herrschenden Vorstellungen in Frage stellen könnte, wird als nicht gleichwertig und andersartig bis abnormal abgetan. Es wird ein enormer Druck auf alle ausgeübt, den herrschenden Vorstellungen zu entsprechen, und denjenigen, die diesen entkommen wollen, wird das schwer bis unmöglich gemacht.

Bestes Beispiel dafür ist das Transsexuellengesetz (TSG) von 1980, das Menschen zugemutet wird, die eine

Geschlechtsangleichung vornehmen wollen. Um das Geschlecht zu ändern muss man eine meist teure Vornamensänderung beantragen und sich einem operativen Eingriff unterziehen, „durch den eine deutliche Annäherung an das Erscheinungsbild des anderen Geschlechts erreicht“ (Originalwortlaut im TSG) werden muss. Dann erst wird der amtliche Personenstand (das Geschlecht in Pass und Geburtsurkunde) geändert.

Höhepunkt der bürokratischen Regelungswut ist der Scheidungszwang. Wenn einer der Partner in einer heterosexuellen Ehe eine Geschlechtsangleichung vornehmen will, muss die Ehe erst aufgelöst werden, denn sonst resultiert das in einer gleichgeschlechtlichen Ehe, und das ist laut Gesetz verboten. Das betroffene Paar kann dann nach der Personenstandsänderung eine Eingetra-

gene Lebenspartnerschaft eingehen, die allerdings mit der vorherigen Ehe nicht gleichgestellt ist.

Nein zum Regelungszwang

Dieses Gesetz sowie die geschlechtliche Festlegung bei Neugeborenen repräsentieren den gesellschaftlichen Zwang, sich eindeutig in das Rollenklischee eines Geschlechtes einzugliedern. Mit dem im TSG gesetzlich vorgeschriebenen, risikoreichen operativen Eingriff werden Menschen dazu getrieben, sich eindeutig und endgültig für ein Geschlecht zu entscheiden. Es sollte ein Recht auf eine geschlechtsangleichende Operation geben, aber keinen Zwang dazu. Es gibt Menschen die sich gern kleiden und geben wie das andere Geschlecht, ohne eine operative Angleichung vornehmen zu wollen. Andere spielen mit den Rollenbildern und treten mal als Männer und mal als Frauen auf. Und einigen haben von früh auf eine gewisse Ähnlichkeit mit dem Prototypen des anderen Geschlechts ohne dass sie sich in ihrem Körper oder ihrer Rolle unwohl fühlen. All diese Menschen finden keine oder kaum gesellschaftliche (Be-)achtung. Sie werden mit der staatlichen Regelungswut konfrontiert, anstatt das sie ihr Geschlecht frei und selbstständig wählen können.

Kein Mensch braucht vorgeschriebene Definitionen davon, wie die Geschlechter auszusehen, zu sein und zu leben haben. Jede und jeder muss selbst bestimmen können, welches Geschlecht er oder sie wie lebt.

die SAV fordert:

- Für das Recht auf freie Geschlechtswahl ohne Operationszwang

HIV/AIDS geht alle an!

HIV/AIDS betrifft längst nicht mehr nur Schwule. Vielmehr gibt es erhebliche Unterschiede zwischen den wenigen reichen Industriestaaten und den armen Ländern mit hoher Bevölkerungszahl. Laut UNO leben 64 Prozent aller Menschen, die mit HIV infiziert sind, im südlich der Sahara gelegenen Teil Afrikas. Zunehmende Verbreitung wird aus Asien und Ost-

europa gemeldet.

Konzerne verdienen an der Pandemie

Nach wie vor ist AIDS unheilbar. Die Pharma-Industrie hat bisher weder einen Impfstoff noch ein Heilmittel zur Verfügung gestellt. Stattdessen verdient sie Unsummen an den Medikamenten, die den Krankheitsverlauf

dämpfen und das Leben verlängern. Die antiretrovirale Therapie ist immer noch das einzige Mittel, um die Auswirkungen einer HIV-Infektion unter Kontrolle zu halten.

In den reichen Ländern sind erheblich weniger Menschen betroffen, und der Ausbruch von HIV-bedingten Krankheiten wurde reduziert. Dennoch steigt in Deutschland die Zahl

der HIV-Erstdiagnosen immer noch an, davon am stärksten bei Männern, die Sex mit Männern haben. Gleichzeitig nimmt die Infektion mit anderen sexuell übertragbaren Krankheiten wie Syphilis zu – auch dies gilt als Indikator für die Zunahme von HIV. Besonders betroffen sind Jugendliche, allen voran junge schwule Männer, die sich immer weniger schützen und daher wieder zunehmend mit Tripper, Syphilis oder dem HI-Virus infizieren.

Angst vor AIDS nimmt ab – Ansteckungen nehmen zu

Solange AIDS in kurzer Zeit zum Tode führte, war das Sexualleben – vor allem in der schwulen Community – gehemmt und eingeschränkt. Viele fürchteten das Risiko der Ansteckung und ihrer Folgen. Da die Medikamente ständig verbessert wurden, gibt es heute weniger heftige Krankheitsverläufe, weniger Pflegebedürftigkeit und eine verlängerte Lebenszeit. Der zwangsläufig folgende Tod wird zum Teil aus dem Bewusstsein verdrängt.

Auf diese Weise hat sich das Sexualleben aus seinem Schock erholt und schlägt bei einigen Menschen in das Gegenteil um, so dass riskante Praktiken (zum Beispiel Barebacking) zunehmen. Dennoch sollten wir den Ordnungshütern entgegenzutreten, die zwecks Disziplinierung schwule und andere Treffpunkte schließen wollen. Dahinter steckt nur die Absicht, die alten Repressionen unter dem Deckmantel der Prävention wieder einzuführen.

Treffpunkte verschwinden – Prävention wird schwieriger

Doch dieses mangelnde Präventionsbewusstsein ist nicht nur Ausdruck der sinkenden Angst vor AIDS, sondern hängt auch damit zusammen, dass Strukturen der schwulen Szene verloren gehen. Statt selbstbestimmten Treffs dominieren fast ausschließlich kommerzielle Angebote. Das schließt nicht nur die aus, die andere Interessen haben, als sich in den einschlägigen Bars zu treffen, sondern vor allem auch Arbeitslose und andere ohne das nötige Kleingeld. Derweil schließen nichtkommerzielle Treffs, wo es sie denn je gegeben hat.

Damit verschwinden auch Orte, die



Durch das Verschwinden von Treffpunkten und die Kommerzialisierung der Szene sinkt das Bewusstsein für Safer-Sex

Rückhalt geben, auch für schwierige Entscheidungen, wie die Sex ohne Kondom abzulehnen. Kontakte werden stattdessen in – mehr oder weniger – anonymen Internetforen gepflegt. So entsteht ein Individualismus, der nicht nur gemeinsame Kämpfe verhindert, sondern auch ein Rückschlag für die AIDS-Prävention ist. Statt Mittel für die AIDS-Hilfen zurückzufahren, müssten gerade Jugendliche dazu ermuntert werden, selbstbewusst mit ihrer Sexualität und der Gefahr von HIV umzugehen. Gerade hier ist eine organisierte Kampagne von schwul-lesbischen Gruppen und der AIDS-Hilfen, aber auch von der Partei DIE LINKE und Gewerkschaften notwendig.

Bei Frauen hat das Risiko einer Infektion häufig andere Gründe als bei Männern. Hier steht in Deutschland die Prostitution im Vordergrund. Frauen sehen sich häufig genötigt, sich und ihre Familien auf diese Weise finanziell über Wasser zu halten. Viele werden von verbrecherischen Schlepperbanden zum Beispiel aus Osteuropa und Afrika nach Deutschland gebracht und von diesen gezwungen, jede Arbeit zu leisten – auch Sex ohne Kondom.

Ein Spezialthema ist der Drogenkonsum. Unter Drogeneinfluss – natürlich gehört auch Alkohol dazu – nehmen es viele Menschen mit den Safer-Sex-Regeln nicht so genau. Außerdem können unsterile Spritzen, die von Hand

zu Hand gehen, zur Infektion mit unterschiedlichen Krankheiten führen. Bei Abhängigkeit wird das Geld für die Droge häufig durch Prostitution beschafft. Im akuten Zustand ist man/frau Freiwild für die miesesten Freier. Drogenabhängige, die HIV-infiziert und außerdem obdachlos sind, haben relativ schlechte Chancen, eine antiretrovirale Behandlung durchzuhalten, weil die regelmäßige und pünktliche Einnahme der Medikamente ein entsprechendes Umfeld voraussetzt.

Schlechte Versorgung

Obwohl Deutschland eigentlich ein reiches Land ist, gibt es hier soziale Defizite. Soziale Aufgaben kosten Geld, und dieses steckt der Staat lieber den Kapitaleignern zu, die ihn stützen. In vielen Haupt- und Sonderschulen, insbesondere in sozial schwachen Gebieten, findet kaum noch Sexual-

kunde-Unterricht statt. Gründe sind die Belastung der LehrerInnen mit sachfremden Arbeiten und ihre mangelhafte Aus- und Fortbildung. Die Organisationen und Institutionen, die Prävention und Therapie betreiben, leiden unter chronischem Geldmangel.

Für die HIV-Forschung wird in Deutschland zu wenig Geld ausgegeben. Die Entwicklung eines Impfstoffs und eines Heilmittels sollte höchste Priorität haben. Die Bundesregierung ist offenbar nicht daran interessiert, gegen die internationalen Pharmakonzerne vorzugehen, um niedrigere Medikamentenpreise und die Produktion von Generika (nachgebaute Produkte) durchzusetzen. Stattdessen werden die Krankenkassen und damit die Versicherten mit den hohen Preisen belastet. So finanzieren wir selbst als Versicherte und Steuerzahler die Gewinne der Konzerne.

Die SAV fordert:

- **Kostenfreie Abgabe von Kondomen und qualifizierte Aufklärungsangebote**
- **Rücknahme der verschiedenen Gesundheits"reformen" der letzten Jahre – weg mit Eigenbeteiligungen, Fallpauschalen, Praxisgebühr, Zuzahlungen etc.**
- **Umwandlung des Gesundheitswesens zu einem kostenlosen, staatlichen Gesundheitswesen finanziert durch die Gewinne der Banken und Konzerne**
- **Enteignung der Pharma-, Bio-, Gentechnik-, Medizingeräte- und Lebensmittelindustrie, sowie der privaten Krankenhaus-Konzerne und Überführung in öffentliches Eigentum bei demokratischer Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung.**



Foto: CSD-Parade in Berlin

Geschichte des Kampfes für Gleichberechtigung

Vom Ende des 19. Jahrhunderts bis 1969

Seit der Einführung des Reichsstrafgesetzbuches im Jahr 1871 standen mit Paragraph 175 sexuelle Handlungen zwischen Männern unter Strafe. Und immer wieder wurde in der Geschichte des Paragraphen diskutiert, ihn auch auf Frauen auszuweiten.

Ende des 19. Jahrhunderts/Anfang des 20. Jahrhunderts gründeten sich erste Initiativen und Gruppen, die sich mit dem Thema Homosexualität befassten und für die Entkriminalisierung von Homosexualität eintraten. Einer der bekanntesten Gegner des Gesetzes war der Sexualforscher Magnus Hirschfeld mit seinem 1897 in Berlin gegründeten Wissenschaftlich-humanitären Komitee (WhK). Im frühen 20. Jahrhundert startete er eine Unterschriftenaktion gegen den Paragraphen 175. Er wandte sich mit seinem Anliegen an einflussreiche Wissenschaftler, Juristen und Politiker, unter anderem Albert Einstein und August Bebel (der führender Vertreter der deutschen Sozialdemokratie), die gegen den Paragraphen 175 unterschrieben. 1905 hatte das Komitee über 5000 Unterschriften gesammelt, doch das Parlament ignorierte diesen Ruf nach Reform.

Nach diesem gescheiterten Versuch zogen sich Magnus Hirschfeld und seine Kollegen vorerst aus dem politischen Feld zurück und betrieben stattdessen die Methode, prominente Homosexuelle öffentlich zu outen. Das wurde zu einer regelrechten Hexenjagd und resultierte darin, dass vermögende Homosexuelle ihre finanzielle Unterstützung für das Komitee einstellten, aus Angst, in irgendeiner Weise damit in Verbindung gebracht zu werden. Die nächste Chance für eine Reform des Gesetzestextes bot sich erst nach der deutschen Novemberrevolution von 1918.

Die 20er Jahre

Die Novemberrevolution resultierte nicht wie in Russland in der Abschaffung des Kapitalismus, sondern in einer bürgerlich-parlamentarischen Republik, der Weimarer Republik. Trotzdem hatte sich die allgemeine politische

Stimmung stark nach links verschoben und es gab Verbesserungen für Frauen und die breite Masse der arbeitenden Bevölkerung allgemein, vor allem die Pressefreiheit, Meinungsfreiheit und Versammlungsfreiheit, welche Vorbedingungen der politischen Organisation und Sichtbarwerdung von Homosexuellen in der Gesellschaft waren.

In den Großstädten entstand eine riesige Subkultur mit einer unglaublichen Vielfalt an Clubs, Cafés, Kneipen, Zeitungen und Zeitschriften sowie Treff- und Diskussionsorten für Schwule und Lesben. Per Abonnement konnten auch Schwule und Lesben auf dem Land, wo die soziale Kontrolle durch die Familie um einiges stärker war, von diesen Erregenschaften profitieren. In Berlin wurde das erste Institut für Sexualwissenschaften von Magnus Hirschfeld gegründet.

Lesben begannen, sich auch in Frauengruppen zu organisieren. Von reaktionären Kräften wurde die Frauenbewegung oft als lesbisch unterwandert beschrieben, was zum Teil einen Keil zwischen Lesben und heterosexuelle Frauen trieb.

Trotzdem war die Weimarer Republik kein homophobiefreies Paradies. Der Paragraph 175 existierte immer noch. Es gab zahlreiche Zeitschriften, die die Ausrottung von Homosexualität propagierten, Gruppen für den Erhalt von Paragraph 175, körperliche Angriffe gegen bekannte Homosexuelle und offizielle Verbote von Veranstaltungen und Zeitschriften. Magnus Hirschfeld wurde dreimal bei Angriffen lebensgefährlich verletzt. 1926 wurde das Gesetz „zur Bewahrung der Jugend vor Schund- und Schmutzschriften“ eingeführt, durch das es möglich war, mehrere Zeitschriften temporär zu verbieten.

Diese Tendenzen blieben von Schwulen und Lesben nicht unbeachtet. Neben dem Wissenschaftlich-humanitären Komitee (WhK), welches immer noch gegen Paragraphen 175 aktiv war, wurde 1923 der Bund für Menschenrechte (BfM) gegründet. Viele lesbische Clubs und Vereine gehörten größeren, gemischten Homosexuellen-

organisationen wie dem BfM an. Trotz der Fortschritte blieben Schwule und Lesben in Diskussionszirkeln sowie Clubs und Cafés eher unter sich.

Ihr „Anliegen“ bekam jedoch Unterstützung von den beiden größten Arbeiterparteien der Zeit, der SPD und der KPD. August Bebel teilte zwar offenbar auch Vorurteile seiner Zeit und sah in Homosexualität etwas „Wider-natürliches“, dies hinderte ihn und die SPD aber in keiner Weise daran, jede staatliche Unterdrückung von Homosexuellen zu bekämpfen. Schon 1898, mit Bebels Unterzeichnung der Petition des WhKs für die Abschaffung des Paragraphen 175, stellte sich die SPD in die Reihen derer, die ein Ende der Diskriminierung forderten. Auch in der Weimarer Republik forderten SPD und KPD weiterhin die Abschaffung des Paragraphen 175. Im Juni 1924 stellte die KPD-Reichstagsfraktion einen diesbezüglichen Antrag, der auch die Amnestie für alle nach diesem Paragraphen verurteilten mit einbezog.

Aus Sicht der KommunistInnen war die Homophobie ein Mittel der Aufrechterhaltung einer verlogenen herrschenden Moral und ein Mittel der herrschenden, bürgerlichen Klasse zur Spaltung der Arbeiterklasse. Solange die Massen der Arbeiter und Arbeiterinnen sich nicht zusammen tun und merken, dass sie die Mehrheit sind, ist die Machtposition der herrschenden Klasse nicht gefährdet. Das galt für die kapitalistische Weimarer Republik mit ihrer bürgerlichen Demokratie genauso wie für das Kaiserreich, aber auch noch heute.

Im Oktober 1929 wurde im 21. Reichstagsstrafrechtsausschuss aufgrund des gemeinsamen Vorgehens der KPD- und SPD-Abgeordneten mit 15 gegen 13 Stimmen die Streichung des Paragraphen 175 beschlossen; nur der Sieg des Faschismus verhinderte, dass diese Entscheidung rechtsgültig wurde.

Faschismus

Die Machtergreifung der Faschisten 1933 in Deutschland war nur möglich, da das deutsche Kapital auf diese Bewegung des Kleinbürgertums ge-



Nachtclub Eldorado

gen jede Form von Arbeiterdemokratie setzte. Der Faschismus hätte verhindert werden können, wenn die Führungen von SPD und KPD zum gemeinsamen Kampf der Arbeiterbewegung gegen den Faschismus aufgerufen hätten.

Mit der Machtübernahme der Faschisten wurden die Errungenschaften, die es in der Weimarer Republik gegeben hatte, wieder abgeschafft. Drei Wochen, nachdem Hitler Kanzler wurde, wur-

ermordet Viele von ihnen wurden vorher mit medizinischen Experimenten gefoltert oder verstümmelt (zum Beispiel durch Zwangskastrationen).

Alle Clubs, Cafés und Kneipen wurden geschlossen oder überwacht. An einen beliebten Berliner Ausgehclub, dem Eldorado, wurde von den Nazis ein großes Schild angebracht, das einen Mann und eine Frau zeigte und „Hier ist's richtig!“ titelte.

Es entwickelten sich gemeinsame Aktionen gegen den Paragraphen 175 und gegen Diffamierungskampagnen der Bildzeitung.

den alle Homosexuellenorganisationen verboten. Eine „Reichszentrale zur Bekämpfung der Homosexualität und Abtreibung“ gegründet. Der Paragraph 175 wurde 1935 ausgeweitet, das Strafmaß wurde von 6 Monaten auf bis zu 10 Jahren Gefängnis erhöht und der Tatbestand wurde von Geschlechtsverkehr zwischen Männern auf Küssen, Händchenhalten und Umarmungen ausgeweitet. Schwule wurden massenhaft verhaftet. Mehr als 100.000 Männer wurden auf „Rosa Listen“ erfasst. Ab 1938 wurden schwule Männer nach der Verbüßung ihrer Strafe im Gefängnis ins KZ geschickt. In den Worten von Himmler: „Homosexuelle müssen komplett ausgerottet werden.“ Nach unterschiedlichen Schätzungen wurden mindestens 10.000 Menschen aufgrund ihrer Homosexualität im KZ

Zeitschriften und Bücher mit homosexuellem Inhalt kamen auf den Index. Insgesamt herrschte ein Klima der Angst unter Schwulen und Lesben, Denunziationen und Razzien waren an der Tagesordnung. Viele Lesben und Schwule gingen heterosexuelle Scheinehen ein, um somit aus der Schusslinie zu kommen. Eine Zeitzeugin beschreibt diese Jahre als den Beginn der Zeit der Maskierung.

Lesben wurden zwar nicht offiziell verfolgt, allerdings waren sie in vielen Fällen von Denunziationen betroffen. Die Ausweitung des Paragraphen 175 auf Frauen wurde auch unter den Nazis diskutiert. Letztlich wurde durch die untergeordnete Stellung der Frau im Faschismus weiblicher Homosexualität nicht die gleiche Bedrohung des öffentlichen

Lebens bei bemessen. Es fehlte auch selten an anderen Verhaftungsgründen, die man hinzuziehen konnte, wenn bekannt war, dass eine Frau lesbisch war.

Nachkriegszeit

Nach der Niederlage der Faschisten wurden die Überlebenden aus den KZ befreit. Während JüdInnen, KommunistInnen und andere Inhaftierte die Freiheit wieder erlangten, wurde ein Großteil der Schwulen vom KZ ins Gefängnis transferiert, da die Rechtsprechung der Nazis weiterhin existierte. 1949 wurde bei der Gründung der BRD der Paragraph 175 in der von den Nazis verschärften Version mit ins neue Strafgesetzbuch übernommen und blieb unverändert bis 1969. Zwischen 1950 und 1969 wurden mehr als 50.000 Schwule verurteilt. Bis heute wurden sie nicht rehabilitiert und entschädigt. Dann wurde wieder die alte Fassung der Weimarer Republik eingeführt.

Auch wenn Lesben nach wie vor von offizieller Verfolgung verschont blieben, so war es doch kaum möglich, andere Lebensformen neben der Ehe einzugehen. Die ideologische Grundlage der BRD war die Familie, die Frau als Mutter und Ehefrau Herz dieser Grundlage. Die von den Nazis zerstörte Subkultur aus den 20er Jahren wurde nicht wieder aufgebaut, Schwule und Lesben blieben weitgehend isoliert und unorganisiert.



Das Stonewall Inn in der Christopher Street am 29. Juni 1969, 2 Tage nachdem die Aufstände begonnen hatten

Stonewall und die Bewegungen der 70er

Der Zustand der Isolation und Individualisierung änderte sich erst nach 1968. Die Unruhen und Aufstände in vielen Ländern der Welt, bei denen StudentInnen und die Arbeiterklasse eine tragende Rolle spielten, ergriffen alle, die die Unterdrückung im Nachkriegskapitalismus fast zwei Jahrzehnte ertragen hatten. So begannen auch Schwarze, Frauen und eben Schwule und Lesben, wieder für ihre Rechte auf die Straße zu gehen.

Entscheidend für die schwul-lesbische Bewegung ist der Aufstand im Stonewall Inn in der Christopher Street in New York. Am 27. Juni 1969 fand eine der damals alltäglichen Polizeirazzien in der Kneipe Stonewall Inn statt. Bei diesen Razzien wurden öfter Gäste der Kneipe verhaftet, schikaniert, belästigt und massiv eingeschüchert. Was an diesem Tag anders war als an anderen, ist die Tatsache, dass die Schwulen und Lesben, die die Kneipe besuchten, zum ersten Mal zurück schlugen.

Maßgeblich daran beteiligt waren auch die Drag Queens unter den Gästen des Stonewall Inn. Drag Queens waren oft zur Prostitution gezwungen, um an Geld zu kommen. Sie litten am meisten unter der staatlichen Verfolgung, so dass die Wut auf die Polizei in diesen Schichten



11. Mai 1968: Sternmarsch auf Bonn - Die 68er-Bewegung ergriff alle unterdrückten Gesellschaftsschichten, Schwarze, Frauen und eben Schwule und Lesben

gegen die staatliche Unterdrückung gewehrt wurde. Zum anderen, weil Schwule, Lesben, Bi- und Transsexuelle bis dahin immer als krankhaft, verwirrt und isoliert gesehen wurden und sich selbst auch so sahen, und jetzt auf einmal die Chance hatten, ihre eigene Kraft zu spü-

gewesen wären. So berichtete zum Beispiel ein schwuler, schwarzer Mann über seine Erfahrungen im Gefängnis und es erschienen Artikel über die Versuche von Prostitution betroffenen Transvestiten, sich selbst zu verteidigen. Allgemein wurden die Ansichten sogenannter „Experten“ nicht mehr angenommen und psychiatrische Konferenzen gestürzt.

Doch auch wenn Organisationen wie die GLF, animiert durch das allgemeine politische Klima der 68er, von Revolution redeten und Verbindungen zu anderen unterdrückten Gruppen wie den Schwarzen suchten: Eine klare Vorstellung vom Weg zum Sozialismus und ein entsprechendes Programm gab es nicht. Das lag vor allem daran, dass es vielen der 68er Bewegung an Klarheit fehlte, wie eine sozialistische Demokratie erkämpft werden kann. Statt Verbindungen zur Arbeiterklasse zu suchen und gemeinsam den Kampf gegen den Kapitalismus aufzunehmen, wurde oftmals in der praktischen Politik auf individuelle Befreiung gesetzt. Im Manifest der GLF in London zum Beispiel stand: „Ihren Anfangspunkt kann unsere Befreiung nur darin haben, dass wir die Unterdrückung aus allen unseren Köpfen verbannen.“ Befreiung bestand für viele darin, sich vor sich selbst und dem eigenen Umfeld, Familie, Freunde und Kollegen, zu outen.

Die ca. 400 Polizisten sahen sich einer Menge von 2000 wütenden Schwulen, Lesben und Drag Queens gegenüber

mit am größten war. Die rund 400 Polizisten sahen sich einer Menge von 2000 wütenden Schwulen, Lesben und Drag Queens gegenüber, die die Scheiben der Polizeiautos einwarfen, die Polizisten mit Dreck bewarfen und auf den Dächern der Autos tanzten, während sie „Gay Power“ riefen. Nach diesem Abend folgten mehrere Tage Straßenschlachten auf der Christopher Street sowie umliegenden Straßen und Plätzen.

Das Stonewall Inn in der Christopher Street am 29. Juni 1969, 2 Tage nachdem die Aufstände begonnen hatten

Wendepunkt für die Bewegung

Der 27. Juni 1969 markiert damit einen Wendepunkt in der Geschichte der Homosexuellen. Zum einen, weil sich zum ersten Mal (in den USA) gemeinsam

ren und ein Selbstbewusstsein aufzubauen, das sich in dem Slogan „Gay Power“ ausdrückte.

In den Wochen nach dem Stonewall Aufstand bildeten sich viele militante Organisationen von Homosexuellen. Die Prominenteste von ihnen war die Gay Liberation Front (GLF), die in den USA und in Großbritannien agierte und in ihrem Programm festhielt, dass völlige Gleichberechtigung von Schwulen und Lesben nur erreicht werden könne, wenn der kapitalistische Staat und seine Institutionen überwunden werden.

Damit brachen sie die Tradition der (wenigen) existierenden „angepassten“ und vorsichtig agierenden Schwulorganisationen aus den 50ern und 60ern. In den neu erscheinenden Magazinen wurden Themen diskutiert, die in den vorangegangenen Jahren unvorstellbar



Protestierende Schwule und Lesben in den 70ern

Es war ein enormer Schritt nach vorne, dass sich viele Schwulen und Lesben jetzt outen konnten und nicht länger hetero leben mussten. Aber bei diesem Schritt wurde es oftmals belassen. Statt kollektiver Aktion, um rückständige Gesetze zu bekämpfen, wurde der individuelle Lebensweg als Schlüssel zum erfüllten Leben und als ausreichend für die Befreiung von Homosexuellen gesehen. Doch für viele in der Arbeiterklasse hätte ein Coming Out am Arbeitsplatz verheerende Konsequenzen gehabt; dieser Weg war ihnen somit nicht möglich.

Die 70er in Westdeutschland

Auch in Deutschland gründeten sich viele militante Gruppen von Schwulen und Lesben und Transsexuellen. Magazine wurden wieder veröffentlicht, eine neue Subkultur entstand. Die Lockerung des Paragraphen 175 im Jahr 1969, die zum ersten Mal seit Jahrzehnten männliche Homosexualität über 21 Jahren straffrei machte, erleichterte es Schwulen, sich zu organisieren, und

ermöglichte ihnen Vorurteile in der Gesellschaft öffentlich anzuprangern. Der Film von Rosa von Praunheim „Nicht der Homosexuelle ist pervers, sondern die Situation, in der er lebt“, wurde nach seiner Uraufführung am 05. Juli 1971 bei den Berliner Filmfestspielen in den Medien kontrovers diskutiert und gilt als Initialzündler der Schwulenbewegung. Als der Film am 15. August im Berliner Kino Arsenal erneut gezeigt wurde, ging daraus die Gruppe „Homosexuelle Aktion Westberlin“ (HAW) hervor. In dieser anfänglich männerdominierten Gruppe bildete sich jedoch kurze Zeit später die Frauengruppe der Homosexuellen Aktion Westberlin.

Was diese und ähnliche Gruppen von allen vorherigen unterschied, war wie in den USA und Großbritannien ihre Radikalität. Die bestehende Subkultur aus Bars und Kneipen wurde von vielen nicht als Zeichen der Befreiung, sondern als Zeichen der weiterhin bestehenden Unterdrückung gesehen. So titelte ein Comic der HAW Frauengruppe „Schwule aller Länder, vereinigt euch! Raus aus dem Puff? Rein in die

HAW!“. Auch der Umgang mit der eigenen Sexualität änderte sich. Anstatt sich beschämt bedeckt zu halten, gingen Schwule und Lesben mit offensiven Slogans auf die Straße und diskutierten auf ihren Treffen alle Facetten ihrer Sexualität. Es entstand ein Gefühl der Verbundenheit und Zugehörigkeit zu der Gruppe der Homosexuellen, der sich in dem Leitspruch der HAW Frauengruppe ausdrückte: „Eine ist keine, gemeinsam sind wir stark.“

Es entwickelten sich gemeinsame Aktionen gegen den Paragraphen 175 und gegen Diffamierungskampagnen der Bildzeitung, schwule und lesbische Wohngemeinschaften, schwule und lesbische Musik und vieles mehr.

Doch sowohl die schwulen als auch die lesbischen Gruppen bestanden überwiegend aus Frauen und Männern aus studentischen Zusammenhängen. Belebt von den allgemeinen Studentenunruhen waren es gerade diese Schichten, die den Kampf gegen die Unterdrückung anführten. Das führte in Deutschland zu demselben Problem wie in den USA und Großbritannien. Das radikale öffentliche Auftreten der AktivistInnen bedeutete für Jeden und Jede ein öffentliches Coming Out. In der revolutionären Atmosphäre der Hochschulen war das kaum noch ein Problem, für viele berufstätige Schwule und Lesben sah das anders aus. Auch in Deutschland führte das dazu, dass sich kaum Lesben und Schwule außerhalb des hochschulpolitischen Lebens aktiv an der Bewegung beteiligten.

Separatismus

Die studentische Zusammensetzung der Schwulen- und Lesbenorganisationen der frühen 70er war ein Grund für den Zerfall der Bewegung. Mit dem Abflauen der allgemeinen studentischen Bewegung gerieten auch viele Organisationen der homosexuellen Bewegung in Schwierigkeiten. Es gab vermehrte Abspaltungen und separate Organisationen. Trotzdem: Wichtige Veränderungen vor allem im allgemeinen gesellschaftlichen Klima und der öffentlichen Wahrnehmung waren erreicht.

Die erste Einheit, die aufbrach, war die zwischen Schwulen und Lesben. Die HAW Frauengruppe machte sich von den Männern unabhängig. Lesbische Gruppen im ganzen Land sahen ihre politische Heimat eher in der Nähe der Frauenbewegung als in der Nähe der

Schwulenbewegung. Doch auch dort gerieten sie immer wieder in Konflikt mit den Heteras, die sich den lebensspezifischen Problemen gegenüber teils ignorant verhielten. Manche Lesben sahen es zum Teil nicht ein, warum sie zum Beispiel für mehr Spielplätze eintreten sollten. Auch gab es Befürchtungen innerhalb der Frauenbewegung, dass durch lesbische Teilhabe die Bewegung insgesamt an Ansehen verlieren würde.

Ende der 70er und im Laufe der 80er gründeten sich viele separat organisierte Gruppen; schwarze Lesben, behinderte

Normen der monogamen Zweierbeziehung darstellte. Gerade ein paar Jahre war es da her, dass Lesben und Schwule, zumindest in größeren Städten, offen auftreten und einen Lebensstil jenseits der heterosexuellen Normen ausprobieren konnten.

Viele führende Aktivisten erlagen dem Virus, die Bewegung und das seit den 70ern aufgebaute schwule Selbstverständnis wurden zutiefst erschüttert. Forschungsgelder zur Bekämpfung von AIDS wurden kaum zur Verfügung gestellt, stattdessen Enthaltbarkeit ge-

Auch der gefürchtete Verlust der gerade neu erkämpften Freiheiten trat nicht ein. Zwar wollten religiöse Fanatiker und reaktionäre Politiker in den westlichen Industriestaaten AIDS für eine erneute Kriminalisierung von Schwulen nutzen, und in den etablierten Medien fand eine kontroverse Schlacht statt. So wurde mit einem bisher unbekanntem Ausmaß über homosexuelle Themen diskutiert, was zu einer weiteren Steigerung der Akzeptanz führte und Mitleid und Solidarität in der heterosexuellen Bevölkerung hervorrief. Besonders das Erkranken Prominenter trug zu öffentlichen Meinungsumschwüngen bei. Die Erkrankung und der Tod des US-amerikanischen Filmstars Rock Hudson erschütterte die Gesellschaft in den USA und bewirkte eine Steigerung der Akzeptanz von Schwulen und AIDS-Kranken.

Durch das Aufkommen der AIDS-Hilfen wurde die Institutionalisierung von schwulen Interessen beschleunigt, wodurch in einigen Orten endlich schwullesbische Belange in der öffentlichen Verwaltung Gehör finden konnten.

Die Erfolge der Queer-Bewegung hingegen blieben begrenzt. Spielten anfangs ihre Aktionen eine große Rolle dabei, AIDS sichtbar zu machen, so führten die zunehmend verbesserten, aber sehr teuren Methoden der Behandlung von HIV-Infektionen bald dazu, dass es teilweise zu einer Entsolidarisierung kam.

Obwohl in der DDR die ökonomische Grundlage zur Unabhängigkeit der Frauen von den Männern geschaffen war, wurde das herkömmliche Familienbild propagiert

Lesben und Schwule, Tunten, alte Lesben, SadomasochistInnen und andere. Es ist verständlich, dass sich bestimmte Gruppen, wie zum Beispiel schwarze Lesben und Schwule, auch separat von den weiß dominierten Strukturen organisieren wollen, um ihre spezifischen Unterdrückungserfahrungen und Probleme in den weißen Industrieländern zu diskutieren.

Dadurch aber, dass sich Gruppen wie diese ausschließlich separat trafen, wurde das Problem, welches sie mit der größeren allgemeinen schwul-lesbischen Bewegung hatten, nur verstärkt. Anstatt die Diskussion in die große Runde reinzutragen und zum Beispiel weiße Schwule und Lesben mit den noch spürbar vorhandenen Vorurteilen in eigenen Reihen zu konfrontieren, gingen diese Gruppen solchen Diskussionen mehrheitlich aus dem Weg.

So konnte und kann keine starke Bewegung aufgebaut werden, die konsequent für gleiche Rechte von Schwulen, Lesben, Schwarzen, Behinderten, Frauen und anderen im Kapitalismus Unterdrückten eintritt.

Die Bedeutung von AIDS für die Bewegung

Das Aufkommen des HI-Virus und der daraus resultierenden Krankheit AIDS hatte weitreichende Konsequenzen für die Schwulenbewegung. Sexuelles Begehren war plötzlich tödlich geworden. Das Virus griff nicht nur die Schwulen selbst, sondern auch ihre freie Sexualmoral der 70er Jahre an, die eine bewusste Abkehr von den heterosexuellen

predigt.

Doch unter den Schwulen entwickelte sich Wut auf den Verlust der nächsten Freunde, die Verleugnung dieser Krise durch die Politik und den drohenden Verlust gerade erst gewonnener Freiheiten. Dies führte Teile der Lesben- und Schwulenbewegung zu radikalen Protestformen. Schwule und Lesben bildeten Bündnisse mit anderen Gruppen, insbesondere mit Prostituierten, DrogennutzerInnen, MigrantInnen, Gruppen, die besonders schlechten Zugang zur Gesundheitsversorgung hatten. „Queer“ wurde von einem Schimpfwort gegen alles irgendwie Abweichende zu einer stolzen Selbstbeschreibung derer, die ausgegrenzt wurden.



HIV/AIDS ist stets ein Thema in der LGBT-Bewegung

Schwule und Lesben in der DDR

Auch in der DDR galt weiterhin der Paragraph 175, allerdings in der alten Fassung der Weimarer Republik und nicht in der verschärften Nazi-Version, wie in der BRD. Allerdings wurde er kaum angewandt, und 1968 schaffte die DDR den Paragrafen 175 komplett ab, ersetzte ihn allerdings durch den Paragraphen 151, der homosexuelle Handlungen zwischen Jugendlichen und Erwachsenen, sowohl Männern als auch Frauen, unter Strafe stellte.

Obwohl in der DDR auch Frauen selbstverständlich erwerbstätig waren, Scheidungen und Abtreibungen leicht

möglich waren, und somit die ökonomische Grundlage zur Unabhängigkeit der Frauen von den Männern geschaffen war, wurde das herkömmliche Familienbild mit heterosexueller Ehe und

Das herkömmliche Familienbild mit heterosexueller Ehe und Kindern wurde öffentlich propagiert und lies keinen Raum für alternative Lebensentwürfe.

Kindern öffentlich propagiert und lies keinen Raum für alternative Lebensentwürfe, die nur in „Nischen“ existieren konnten.

Anfang der 70er bildeten sich auch in

der DDR die ersten schwul-lesbischen Gruppen und gemeinsame Aktionen fanden statt, so wie die Entrollung des Transparentes „Wir Homosexuelle der Hauptstadt begrüßen die Teilnehmer

der X. Weltfestspiele und sind für den Sozialismus in der DDR“ bei den 10. Weltfestspielen der Jugend und Studenten.

Bedingt durch den repressiven Charakter des stalinistischen Systems gab es kaum Opposition. Paradoxe Weise war es die Kirche, die Unzufriedenen und Unterdrückten Raum zur Organisation gab, auch den Schwulen und Lesben. Innerhalb der Kirche war das Bindeglied zu anderen politischen Gruppierungen die Opposition zum DDR-System. Den „weltlichen“ schwul-lesbischen Gruppen ging es vor allem um die Anerkennung von Homosexualität und Verbesserungen innerhalb der DDR.

Die erste dieser Gruppen ist die im Januar 1973 in Berlin gegründete Homosexuelle Interessengemeinschaft (HIB), aus der 1986 der bis heute existierende Sonntagsclub entstand. Es gründeten sich bald darauf auch Initiativen in anderen Städten der DDR. Aber erst in der zweiten Hälfte der 80er Jahre konnten sich vermehrt Klubs für Schwule und Lesben außerhalb der Kirche bilden. Oftmals gab es enge Kontakte zwischen diesen „weltlichen“ Gruppen und der Wissenschaft. So gründete sich 1984 eine interdisziplinäre Forschungsgruppe an der Humboldt Universität, die sich mit der Situation „homophiler Bürger in der DDR“ beschäftigte. Am 9. November 1989 erlebte der erste und letzte schwule Spielfilm der DDR ‚Coming Out‘ von Heiner Carow seine Premiere.

Bezeichnend für die Gruppen in der DDR ist, dass sich hier die Lesben nie so von den Schwulen separierten, wie es in Westdeutschland geschah.



Deutsche Faschisten in der Sowjetpropaganda der frühen 1930er Jahre

Vom fortschrittlichsten Land der Welt zur stalinistischen Repression

Von der Befreiung durch die sozialistischen Revolution bis zur stalinistischen Konterrevolution

Das Bild, das man heute von der Sowjetunion und den stalinistischen Staaten hat, bestimmt negativ die Vorstellung vieler von Sozialismus. Tatsächlich war (männliche) Homosexualität in der Sowjetunion bis zu ihrem Untergang verboten. Besonders Schwule wurden in Gefängnisse gesperrt, für „krank“ und „dekadent“ erklärt und gesellschaftlich ausgegrenzt.

Die Vorstellung aber, dass dies immer so war und Sozialismus mit Homophobie und Repression gegen Menschen mit von der Mehrheit „abweichender“ sexueller Orientierung vereinbar ist, ist schlichtweg falsch! Der beste Beweis dafür ist die junge, aus der Oktoberrevolution hervorgegangene Sowjetunion, die vom Sieg der Revolution bis in die 20er Jahre hinein, also bis zur Stalinisierung, das in jeder Beziehung fortschrittlichste und freieste Land war und das erste, welches Homosexualität entkriminalisierte.

Wenn im folgenden Artikel vorwiegend von männlicher Homosexualität die Rede ist, so liegt das nur daran, dass lesbische Liebe von Homophoben nicht als „richtiger Sex“ betrachtet wurde und wird, und deshalb meistens von Verfolgung und Repression eher verschont blieb. Doch auch lesbische Liebe wurde keineswegs akzeptiert und zeitweise waren Verfolgungen in der Diskussion.

Die junge Sowjetunion – das fortschrittlichste Land

Mit der russischen Oktoberrevolution 1917 wurde ein neues Kapitel in der Geschichte der Menschheit aufgeschlagen, welches auch für Homosexuelle eine Revolutionierung und Befreiung bedeutete.

Die Bolschewiki hatten nicht nur den Kapitalismus abgeschafft und die Planwirtschaft eingeführt, sondern versuchten ebenso die allgemeinen Lebensbedingungen, die Beziehungen zwischen den Geschlechtern und zwischen Eltern und Kindern zu revolutionieren, also die Gesellschaft insgesamt völlig umzuwandeln. Scheidungen wurden erleichtert, die Kirche verlor –zumindest in den Städten – ihren bestimmenden Einfluss über die Gesellschaft. Ziel war die gemeinschaftliche Erziehung der

Kinder sowie die Vergesellschaftung der Hausarbeit durch öffentliche Waschküchen und Kantinen. Damit sollte auch Frauen der Zugang zur Erwerbsarbeit ermöglicht werden. Diese Pläne wurden jedoch von Anfang an dadurch eingeschränkt, dass das Land sehr arm war, so dass die gemeinschaftlichen Formen des Lebens nicht für alle anziehend waren. Viele Einrichtungen waren schlecht ausgerüstet, überfüllt und unhygienisch.

Abtreibungen wurden legalisiert und insgesamt begann man, Sexualität von allen Fesseln zu befreien. RevolutionärInnen wie Alexandra Kollontaj forderten eine „Freie Liebe“, die von allen bürgerlichen Konventionen und Repression sowie von materiellen Abhängigkeiten voneinander befreit sein sollte.

Nach der Oktoberrevolution wurden die zaristischen Gesetze annulliert und ein sowjetisches Strafrecht erarbeitet, das 1922 gesondert für die einzelnen Republiken in Kraft trat. Danach wurde „einfache“ (also einvernehmliche) Homosexualität unter erwachsenen Männern nicht mehr geahndet, da homosexuelle Akte unter Erwachsenen keinen gemeinschaftsgefährdenden Charakter hätten und somit auch nicht öffentlich verfolgt würden. Viele Homosexuelle wurden zu enthusiastischen Unterstützern der Bolschewiki und der sozialistischen Revolution.

Stalinistische Konterrevolution

Die internationale Isolation der Russischen Revolution und die ökonomische Rückständigkeit des Landes führte zur Machtergreifung der stalinistischen Bürokratie und der Entmachtung der demokratischen Arbeiterräte. Mit dem Anwachsen der privilegierten Bürokratie, die zunehmend konservative Interessen entwickelte, änderte sich auch die Situation von Homosexuellen. Jedoch sollte es noch bis 1934 dauern, bis der Stalinismus zu einer offen repressiven Politik gegenüber homosexuellen Männern überging. Homosexualität wurde als „Produkt der Dekadenz des bourgeois Teils der Gesellschaft“ erklärt.

Mitte der 1930er kam es zur Rückbesinnung auf die traditionelle Familienpolitik. Abtreibung wurde 1936 wieder unter Strafe gestellt, Ehescheidung

erschwert. Fortan wurden nur noch Ehe und Familie als einzig akzeptable Formen und Ziele sexueller Aktivität akzeptiert. Es gab sogar Orden für kinderreiche Mütter. Homosexuelle galten als „krank“, „entartet“, „kriminell“ und „gefährlich“.

Mit der Wiederkehr der repressiven Politik und der Stalinisierung in Russland änderte sich auch der Charakter und die Politik der deutschen KPD. So nahm sie zum Beispiel die Homosexualität des SA-Führers Röhm zum Anlass, Schwulsein in die Nähe des Faschismus zu rücken. In Zeitungen der KPD wurde die Nazi-Sturmabteilung SA als schwul geprägter Männerbund dargestellt, in der es jeder mit jedem trieb. Das heizte die in der Bevölkerung existente Homophobie mit an. Den Nazis schadete die KPD hingegen damit nicht.

Die neue stalinistische Führungselite, die die Macht in der Gesellschaft übernahm, hatte ein Interesse daran, die gesellschaftlichen Umwälzungen ab 1917 zu beenden. Sie brauchte die Wiederherstellung der alten patriarchalischen Familie mit klarer Rollenverteilung und dazu passender Moral zur Untermauerung ihrer eigenen Macht. Damit sollte die gesellschaftliche und politische Entdemokratisierung im Kleinsten, in jedem Haushalt, fundamentiert werden.

Dieser Umgang blieb bis zum Zusammenbruch des Stalinismus so und prägte auch die DDR. Zwar gab es später vorsichtige Lockerungen, aber diese reichten nicht sehr weit.

Lehren

Für viele Homosexuelle brach mit dem Aufkommen des Stalinismus eine Welt zusammen. Für die meisten war es unerklärlich, wie ein angeblich „sozialistisches“ Land, welches angetreten war, das Ziel des Sozialismus, nämlich die Errichtung einer freien und gerechten Gesellschaft von Gleichen zu errichten, dazu kommen konnte, Schwule zu verfolgen. Doch Sowjetunion und DDR waren keine sozialistischen Staaten. Denn eine sozialistische Gesellschaft ist mit der Unterdrückung von Menschen auf Grund ihres Geschlechts, ihrer Herkunft oder sexuellen Orientierung unvereinbar!

Raus aus der Sackgasse

Wie die schwul-lesbische Bewegung aufbauen?

1994 verschwand in Deutschland mit dem Fall des Paragraphen 175 der schlimmste Strafparagraf gegen Homosexuelle. Gegen diesen war ein langer Kampf geführt worden. Viele Lesben und Schwule hatten nicht nur ihr persönliches Coming Out, sondern eine ganze Bewegung ging in Westdeutschland mit Demos nach außen und mischte sich politisch ein.

Heute ist nach inzwischen über einem Jahrhundert Kampf für Gleichberechtigung mehr erreicht als je zuvor. Schwule und Lesben treten besonders in Westeuropa mit einer Selbstverständlichkeit auf, die in den 70ern nicht möglich schien. Dennoch erleben wir auch heute noch jeden Tag Diskriminierung und werden mit hartnäckigen Vorurteilen konfrontiert. Ein Großteil der Ziele, für die die Bewegung in den 70ern kämpfte, ist noch nicht erreicht.

Homo-Ehe und Kommerzialisierung

Der Zusammenbruch der DDR und ihr Anschluss an die BRD brachte auch die

Lesben- und Schwulenbewegung in Ost und West zusammen. Im Osten ging es Anfang der 90er nun oft erstmals um so etwas wie den Aufbau einer Szene. Aber die Abschaffung des Paragraphen 175 war eines der wichtigsten Ziele, da dieser im Westen immer noch existierte. Nach dessen Fall 1994 war jedoch die Frage, wie es weitergehen sollte. Dabei setzten sich bald einige

rückten die Forderung nach der Homo-ehe in den Vordergrund.

Zweitens erkannten gleichzeitig kommerzielle Anbieter, dass sie mit lesbisch-schwulen Angeboten Geld verdienen können. CSD's entwickelten sich zu profitablen Großveranstaltungen. Das ging so weit, dass zum Beispiel selbst bei kleinen CSDs wie dem in Dresden die Organisatoren sogar schwul-les-

Es reicht nicht, dass wir uns in unsere eigenen Strukturen zurückziehen, um dann einmal im Jahr beim CSD eine nette Parade zu präsentieren.

Tendenzen durch.

Erstens wurde die Illusion geschürt, dass rechtliche Änderungen am wichtigsten sind und dafür vor allem Lobbyarbeit in Parteien und im Parlament betrieben werden muss. Diese Position wurde vor allem von Funktionären des Schwulenverbandes Deutschland, dem SVD (mittlerweile LSVD, Lesben- und Schwulenverband), voran getrieben. Sie

bischen Gruppen den Verkauf von ein paar Flaschen Sekt untersagten, weil das ja den Gewinn des kommerziellen Anbieters schmälern würde.

Drittens arbeiteten viele Vereine auf lokaler Ebene einfach so weiter wie bisher. Dies funktionierte teilweise, da es für manche Angebote wie Coming-Out-Gruppen nach wie vor Bedarf gab.

Allerdings entpolitisierten sich diese



Gruppen oft zunehmend, viele Angebote liefen auf Treffs hinaus, um sich kennenzulernen und jemand für Sex oder mehr zu finden. Auf diesem Gebiet konkurrierten sie aber mit den Kommerziellen, die das oft auch besser konnten. Es fehlte aber ein Thema, zu dem wirklich mobilisiert werden konnte. Das Thema ‚Homo-Ehe‘ überschattete das eine Weile, spaltete die Szene aber von vorn herein. Spätestens mit ihrer Einführung wurde klar, dass dieses Gesetz für viele Lesben, Schwule und Transgender völlig an der Realität vorbeigeht und ihnen bei den alltäglichen Problemen auch nicht hilft.

Lobbyarbeit von Grünen und LSVD

Heute ist die Bewegung von Lesben, Schwulen und Transgender an einem totem Punkt angekommen. Der LSVD betreibt vor allem eine reine Klientelpolitik. Manche Funktionäre verfallen schon mal in pauschale Angriffe auf MigrantIn*innen, denen sie den Hauptteil von Überfällen auf Schwule zur Last legen. Die Arbeit des LSVD beschränkt sich hauptsächlich auf Lobbyarbeit, das heißt die Beeinflussung einzelner etablierter Politiker und ihre Sensibilisierung für die Belange von Schwulen und Lesben.

Die Grünen stehen vor allen Dingen für formale Gleichberechtigung. Sie sind es, die sich im Parlament immer wieder für eine Ausweitung der Homo-Ehe aussprechen. Doch eine Claudia Roth, die sich mediengerecht in Warschau an der CSD-Parade beteiligt, täuscht nicht darüber hinweg, dass den Grünen ihre Radikalität schon längst abhanden gekommen ist und sie ein rein bürgerliches Programm haben. Sie stehen für mehr Rechte für Schwule und Lesben, aber gleichzeitig setzten sie als Regierungspartei mit der SPD die Agenda 2010 durch. Vielleicht wird es mit den Grünen sogar mal formale Gleichberechtigung geben, allerdings treiben sie die Masse der arbeitenden und erwerbslosen Bevölkerung mit ihren „Reformen“ in die Armut.

Hartz IV und das sich verschlechternde und verteuerte Gesundheitssystem treffen nicht nur Heterosexuelle. Gerade die Kommerzialisierung der Szene schließt arme Lesben und Schwule noch mehr aus. Und diese gibt es tatsächlich. Nicht alle schwulen Männer haben viel Geld, auch wenn

dieser Eindruck immer wieder vermittelt wird. Die Lebensrealität der meisten Lesben, Schwulen und Transgender dürfte sich in den letzten zehn Jahren eher verschlechtern haben. Angebote zum Weggehen stagnieren, sowohl was ihren Inhalt wie ihre Anzahl betrifft. Sie werden höchstens teurer.

Auch das offene Ausleben von Homosexualität ist nicht vorangekommen. Nach wie vor ist es nicht so einfach, in einer normalen Disko als Mann einen anderen Mann anzumachen. Schwulenfeindliche Sprüche unter Jugendlichen sind nach wie vor chic. Das Frauenbild der Gesellschaft zeigt wieder wesentlich mehr sexistische Züge. Vor allem für Frauen, aber auch für Männer, hat ein Körperkult und Jugendwahn eingesetzt, der im wörtlichen Sinn sehr ungesunde Züge annimmt. Internet-Foren wie ‚GayRomeo‘ oder ‚Lesarion‘ haben das Kennenlernen unter schwulen Männern und lesbischen Frauen erleichtert, können aber reale Treffpunkte nicht ersetzen und befördern indirekt die Vereinzelung.

Die Spaltungen und Verwerfungen in der Gesellschaft werden größer, vor allem wegen der zunehmenden Krise des Kapitalismus. Eine weltweite Wirtschaftskrise wird noch viel mehr Menschen um ihre Arbeit, ihr Geld, sogar ihre Wohnung bringen. Rechte Kräfte werden in Krisensituationen aber versuchen Sündenböcke zu präsentieren. Wer glaubt, die Schwulen und Lesben

aber gerade für Bevölkerungsteile, die besonders von Vorurteilen betroffen sind, wie MigrantInnen, Schwule und Lesben, Behinderte usw. Konservative Parteien und die Kirchen rufen nicht umsonst Kampagnen für die traditionelle Familie aus, um mit ihren Kürzungen besonders die zu treffen, die sowieso keine Lobby haben, wie allein erziehende Mütter, Homosexuelle und andere. Auch die starke fundamentalchristliche Rechte und ihre reaktionären Positionen gegenüber Schwulen und Lesben in den USA sollten hellhörig machen.

Gemeinsamer Kampf statt Klientelpolitik

Was also tun? Es ist extrem wichtig aus der reinen schwul-lesbischen Klientelpolitik herauszukommen. Wir müssen in vielen Fragen politische Bündnisse und Bewegungen weit über unsere Szene aufbauen. Dafür gibt es viele Möglichkeiten und Notwendigkeiten.

Die Homo-Ehe ist auf Dauer eine Sackgasse. Sie schreibt eine neue Sonderbehandlung für gewisse Partnerschaften, diesmal nur für Lesben und Schwule, fest. Es kann auf Dauer aber nicht darum gehen, dass nur gewisse Partnerschaften mit mehr oder weniger Rechten und Pflichten ausgestattet werden. Der Staat hat in privaten Beziehungen von Menschen gar nichts zu suchen.

Wirklich nötig ist die Gleichstellung

Rechte Kräfte werden in Krisensituationen versuchen Sündenböcke zu präsentieren. Wer glaubt, die Schwulen und Lesben würden davon verschont, die oder der irrt.

würden davon verschont, die oder der irrt.

In Zeiten wirtschaftlicher Krisen und steigender sozialer Unsicherheit, von massiven Angriffen durch die Unternehmer und ihrer Freunde in der Politik, werden immer Spaltungen geschürt, Sündenböcke gesucht, Vorurteile verstärkt, um von den eigentlichen Problemen abzulenken. Beim Aufmarsch der Nazis am 1. Mai 2008 in Hamburg bezeichneten diese den Senat der Stadt als „schwule Regierung“. Die Nazis versuchen Wut gegen die Regierenden gegen Minderheiten zu lenken. Das Erstarken der Rechtsextremisten ist eine ernste Gefahr für jede und jeden,

aller Lebensweisen, ganz egal was sie im Bett miteinander machen, egal ob sie homo-, bi- oder heterosexuell sind, egal ob sie sich eine Wohnung teilen, egal ob Kinder aufgezogen werden oder nicht. Das heißt zum Einen, dass das Zugestehen gegenseitiger Rechte nur die Partner selbst etwas angeht. Dies bedarf keiner gesonderten rechtlichen Institution. Eine solche Forderung würde auch bei vielen Heterosexuellen auf Zustimmung stoßen.

Zum Anderen ist die Gleichstellung aller Lebensweisen aber keine rein juristische Frage. Die einseitige Ausrichtung auf Homo-Ehe und Adoptionsrecht für bestimmte Gruppen ist auch deshalb



eine Sackgasse, weil die Beschränkung darauf die Illusion vermittelt, dass solch ein Rechtsinstitut ein Ende der Diskriminierung ermöglicht. Aber werden beispielsweise Menschen aus binationalen Ehen weniger diskriminiert, weil sie verheiratet sind und/oder Kinder haben? Natürlich nicht. In der Frage der Gleichberechtigung von Lebensweisen braucht es also einen breiteren Ansatz, der sich auch dagegen wenden sollte, dass der Staat immer mehr soziale Verpflichtungen auf die Partner abschiebt, die dann dafür gerade stehen müssen, wenn die Partnerin oder der Partner arbeitslos werden.

Die sexuelle Erziehung und Aufklärung von Kindern und Jugendlichen ist eine andere wichtige Frage. Wir sollten hier in den Vordergrund stellen, dass nur eine vorurteilsfreie sexuelle Erziehung einen selbstbewussten und respektvollen Umgang mit sich und anderen in Sachen Sex und Liebe ermöglicht. Das heißt alle sexuellen Varianten darzustellen und diese nicht zu werten, aber vor allem Jugendliche in ihrer eigenen Sexualität ernst zu nehmen. Denn um die geht es. Wer also auch nur andeutungsweise zum Beispiel Homosexualität abwertet, schreibt den

Jugendlichen Regeln im Bett vor statt mit ihnen zu diskutieren, was sie fühlen und wollen.

Wir sollten die Heuchelei derer bloßstellen, die aus machtpolitischen Gründen einzelne Fälle von Kindesmissbrauch anprangern, aber Kindern und Jugendlichen eine Erziehung zu selbstbewusster Sexualität vorenthalten, die sie gerade am Besten vor Missbrauch schützt. In den Fragen der sexuellen Erziehung sollten Aktivistinnen und Aktivisten der Schwulen- und Lesbenszene daher auch in die Offensive gehen und für Bündnisse werben mit Lehrerinnen und Lehrern, Elterninitiativen und Gewerkschaften wie der GEW.

Eine ganze Reihe bisheriger Angebote durch Lesben- und Schwulengruppen machen natürlich Sinn und müssen ausgebaut und weiter geführt werden. Nach wie vor sind Coming-Out-Gruppen oder Jugendprojekte wichtig, gerade auch in Kleinstädten oder im ländlichen Raum. Hier könnten Gruppen aus Großstädten wichtige Unterstützung bieten. Alle, die sich die kommerziellen Angebote nicht so einfach leisten können, sollten sich für eigenständige Treffpunkte einsetzen, die für jede/n erschwinglich sind. Angebote für ältere Lesben und

Schwulen müssen oft erst überhaupt noch entstehen.

Die Grenze verläuft zwischen oben und unten

Die sexuelle Orientierung legt nicht die politische Einstellung fest. Denn wir sind nicht nur schwul oder lesbisch oder hetero. Ein Manager hat andere Interessen als sein Angestellter oder Arbeiter, auch wenn beide schwul sind. Der Manager muss eben trotzdem nach den Gesetzen des Kapitalismus funktionieren und wird schwule oder lesbische Kollegen und Kolleginnen ebenso feuern, wenn es für sein Unternehmen erforderlich ist. Es ist allerdings auch kein Wunder, dass Schwulen und Lesben unter den Herrschenden für die Emanzipation von Schwulen und Lesben insgesamt wenig geleistet haben. Die Kämpfe haben in der Regel nicht die Oberschichten ausgetragen, sondern die unterdrückten Schichten. So gingen in New York in der Christopher Street diejenigen gegen die Polizei auf die Straße, die es sich in keiner Szene einrichten konnten, vor allem auch viele Drag Queens. Die Privilegierten bekannten sich erst, als die Schlachten geschlagen waren.

Es reicht auch nicht, dass wir uns in unsere eigenen Strukturen zurückziehen um dann einmal im Jahr beim CSD eine nette Parade zu präsentieren. Vielmehr müssen wir in allen Bereichen der Gesellschaft wahrnehmbar sein und für ein gleichberechtigtes Miteinander kämpfen. Der Kampf um soziale Verbesserungen für alle, egal ob homosexuell oder nicht, gehört dazu. Diskriminierung bei der Wohnungssuche kann nur ein Ende haben, wenn es genügend bezahlbaren Wohnraum für alle gibt. Ein Ende der Diskriminierung am Arbeitsplatz kann es nur geben, wenn es genügend gut bezahlte Arbeit für alle gibt.

Beispiel Polen: Bergarbeiter und Homosexuelle kämpfen gemeinsam

Dass so ein gemeinsamer Kampf möglich ist, zeigen viele Beispiele, wie die Allianz zwischen der polnischen Bergarbeitergewerkschaft August 80 und Lesben und Schwulen in Polen. Die Bergarbeiter wurden dort vor ein paar Jahren als Buhmänner ausgemacht, denen man wirtschaftliches Versagen in die Schuhe schieben wollte. Eine ähnliche Propaganda wird gegen Schwulen und Lesben vom Staat und der katholischen Kirche in Polen angewandt, da Schwule und Lesben eine Bedrohung für das konservative Familienbild sind. Beide Gruppen, Homosexuelle und Bergarbeiter, organisierten sich mit anderen in Bündnissen, um gegen die Repressionen des Staates zu kämpfen. So kam es, dass zum Beispiel auf dem CSD 2006 Bergarbeiter mit ihren Familien mitliefen und die Parade gegen Angriffe von Faschisten verteidigten; dieselben Bergarbeiter, die vor dieser Erfahrung noch stark konservative Familienbilder und entsprechende Vorurteile gegen Schwule und Lesben hatten.

Das zeigt was möglich und nötig ist. Homosexuelle und Bergarbeiter haben sich mit anderen zusammengetan, um für ihre Rechte zu kämpfen, wodurch sie die Machtverhältnisse in ihren Ländern in Frage gestellt haben und damit eine Bedrohung für die Spaltungspolitik der Regierung wie für Profiteure der Kapitalisten wurden.

Starke linke Partei und kämpferische Gewerkschaften nötig

Wie können Diskriminierung und

Sozialabbau wirksam bekämpft werden? Die SAV ist der Meinung, dass kämpferische Gewerkschaften nötig sind, die sich nicht als Co-Manager sondern als klare Interessensvertretung von Kolleginnen und Kollegen verstehen. Mit starken und kämpferischen Gewerkschaften und Betriebsräten können Mobbing am Arbeitsplatz bekämpft und Kampagnen für gleiche Rechte für alle Menschen organisiert werden. Die Gewerkschaften sind auch heute noch die größten Organisationen der Arbeiterbewegung und organisieren mehrere Millionen Mitglieder. Sie können einen wichtigen Beitrag leisten, die Solidarität zwischen KollegInnen unterschiedlicher sexueller Orientierung, Geschlecht und Herkunft herzustellen und den gemeinsamen Kampf gegen die Arbeitgeber aufzubauen. Denn: Allein machen Sie dich ein – Gemeinsam sind wir stark.

Auf der politischen Ebene ist die Partei DIE LINKE der im Moment wichtigste Ansatzpunkt, um Rechte von Schwulen und Lesben zu erkämpfen und sich gegen den fortschreitende Sozialkürzungen zur Wehr zu setzen.

DIE LINKE ist die Partei, die gegen die Agenda 2010, gegen Hartz IV und anderen Sozialabbau steht. Innerhalb der Partei DIE LINKE ist auch die Bundesarbeitsgemeinschaft ‚DIE LIN-

KE.queer‘ aktiv.

DIE LINKE hätte das Potential, auf ganz anderer Ebene die alltägliche Homophobie zu bekämpfen. Mit einer Basis in der Arbeiterklasse - dass heißt aller, die ihre Arbeit verkaufen müssen, um zu überleben - könnte sie in Fragen wie kostenlose Krankenversicherung oder die Finanzierung öffentlicher Räume Massenproteste organisieren und unterstützen und gleichzeitig im Parlament entsprechende Forderungen einbringen. Denn nur durch die Proteste der Massen können solche Verbesserungen erkämpft werden. Alle sozialen Errungenschaften, die inzwischen wieder abgebaut werden, alle liberaleren Gesetze zu Bildung, Familie und Sexualität wurden in den späten 60ern und den 70ern auf solche Weise erkämpft.

Natürlich kann auch eine Partei nicht die Bewegung selbst ersetzen. Wir müssen jeden Tag in Schulen, in Gewerkschaften und auf der Straße klar machen, dass es noch immer nicht selbstverständlich ist, jeden Tag an jedem Ort offen schwul, lesbisch, bi- oder transsexuell zu leben. Um diesen Kampf erfolgreich aufzunehmen, sollten wir aber nicht nur über unser Schwul- oder Lesbisch- oder Wie-auch-immer-Sein sprechen, sondern über diese Gesellschaft, die es zu verändern gilt.



Beispiel Polen: Bergarbeiter und Homosexuelle kämpfen gemeinsam gegen die staatliche Repression. Foto von der CSD-Parade

Kein Regenbogen unter dem Kapitalismus

Was Sozialismus und (homo)sexuelle Befreiung miteinander zu tun haben

Die Fortschritte für Schwule, Lesben, Bisexuelle und Transgender in einer Reihe von Ländern sind relativ jungen Datums. Sie sind erst durch die Kämpfe, die sich ab Ende der 60er radikalisierten, möglich geworden. Doch diese Erfolge sind unsicher und manchmal auch zwiespältig. Sie sind sicherlich nicht dem kapitalistischen Wirtschaftssystem zu verdanken.

Teile und herrsche

Der Kapitalismus ist ein System, das auf Konkurrenz und Profit beruht und regelmäßig Krisen größten Ausmaßes hervorbringt. In diesen Krisen werden Existenzen und Menschen zerstört. Kriege verheeren ganze Länder. Solidarität, gegenseitige Rücksichtnahme und Toleranz sind dem kapitalistischen System fremd. Das Konkurrenzprinzip und die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus hetzt die Menschen gegeneinander auf, lässt ganze Völker sich gegenseitig abschlachten und das manchmal noch im Namen von ‚Freiheit und Demokratie‘. Spaltung und das Benennen von Sündenböcken sind daher ständig wieder auftretende Erscheinungen und nützen den Herrschenden zur Erhaltung ihrer Macht.

Dabei werden immer Minderheiten zur Zielscheibe gemacht, um die Mehrheit weiter beherrschen zu können. Daher kann auch Gleichberechtigung nicht exklusiv für eine Minderheit, zum Beispiel für Lesben und Schwule, erreicht werden. Tatsächliche Gleichberechtigung ist erst möglich durch die Beseitigung der Mechanismen, die Sündenböcke produzieren. Dann kann sowohl der Rassismus wie der Sexismus wie die soziale Ungleichheit verschwinden. Diese Mechanismen können aber im Kapitalismus nicht außer Kraft gesetzt werden, da diese seinem Wesen zugrunde liegen. Eine andere Gesellschaft, eine sozialistische, ist daher nötig.

Computerliebe oder freie Liebe

Was die Sexualität betrifft, steht der Sprung aus dem Reich der Notwendigkeit in das der Freiheit noch bevor. Die sexuelle Befreiung der 60er und 70er hat viele verstaubte Ansichten und Be-

schränkungen überwunden. Aber eine wirkliche Befreiung war sie dann doch noch nicht. Solange sie innerhalb des Kapitalismus bleibt, muss sie sich seiner Logik unterwerfen. Aus freier Liebe wurde Pornografie. Aus dem Recht auf den eigenen Körper wurde die Unterwerfung des Körpers unter einen umsatzträchtigen Fitness- und Schönheitswahn. Ein Wahn, der schon manches junge Mädchen sich zu Tode hat hungern lassen oder junge Männer Anabolika fressen

tige Umgang miteinander wird durch den sonstigen Umgang in der Gesellschaft bestimmt.

Sozialismus als Alternative

Eine sozialistische Gesellschaft wird das Profit- und Konkurrenzsystem beiseitigen. Die Wirtschaft wird demokratisch geplant nach den tatsächlichen Bedürfnissen der Menschen. Die objektiven Voraussetzungen dazu sind da. Wir haben die materiellen Möglich-

Die Kämpfe haben in der Regel die ausgetragen, die sich nicht einrichten konnten. Die Privilegierten bekannten sich erst, als die Schlachten geschlagen waren.

keiten. Die kapitalistische Gesellschaft reißt alles an sich, standardisiert es und verkauft es. Das tut sie auch mit der Sexualität. Es besteht mittlerweile ein sexuelles Überangebot in unterschiedlichsten Formen: Pornos, Prostitution, Internetforen, Swingerclubs, schwule Saunas und so weiter. Als Ware hat sich die Sexualität in gewisser Weise verselbstständigt. Es geht dann nicht mehr um den Sex mit einem konkreten anderen Menschen und damit um diesen Menschen, sondern um Sex als Sache, von der man gewisse Eigenschaften verlangt. Sex ist in dieser Weise etwas geworden, was man kaufen kann. Aber sexuell erfüllter sind die meisten wahrscheinlich nicht dadurch geworden.

Es herrscht ein eigenartiges Nebeneinander von absoluter Sexualisierung und moralischen Verbotsschildern zur gleichen Zeit. Unserer Meinung nach sollen die Menschen natürlich Sex haben, wo und mit wem und mit wie vielen sie wollen. Aber eine freie Sexualität kann nur eine sein, die nicht von vorgefertigten Klischees und von der Werbung gesetzten Standards diktiert wird. Eine Gesellschaft, in der die Beziehungen der Menschen untereinander von Misstrauen, Konkurrenz und Angst geprägt sind, kann keine befreite Sexualität hervorbringen. Das Problem der menschlichen Beziehungen untereinander kann also nicht an ein paar Einzelercheinungen fest gemacht werden. Internetforen wie „GayRomeo“ oder „Lesarion“ sind an sich eine sinnvolle Sache, doch der dor-

keiten, um den Mangel zu beseitigen. Dies würde die Voraussetzungen schaffen, um die Vorurteile, die Angst, die Spaltung unter den Menschen zu überwinden. Das erkannte auch schon Oscar Wilde vor mehr als einhundert Jahren in seinem Essay „Die Seele des Menschen im Sozialismus“, welches er mit den Worten beginnt: „Der Hauptvorteil, den die Herrschaft der sozialistischen Gesellschaftsordnung mit sich brächte, liegt ohne Zweifel darin, dass der Sozialismus uns befreien würde von dem gemeinen Zwang, für andere zu leben, der in der gegenwärtigen Lage auf fast allen so schwer lastet. In der Tat gibt es kaum jemanden, der ihm zu entgegen vermag.“ Denn die Ausbeutung durch die Kapitalisten schränkt eben unser Leben in einer Weise ein, die für viele immer unerträglicher ist. Stress, Überarbeitung, die Doppelbelastung von vielen Frauen – all dies zerrüttet unsere privaten Beziehungen und uns selbst.

Die Idee des Sozialismus ist in den letzten Jahren wieder populärer geworden, gerade durch die oft grausame Realität des Kapitalismus weltweit. Allerdings sind nach wie vor viele Menschen skeptisch angesichts der Staaten des ehemaligen Ostblocks, die sich allesamt sozialistisch nannten. Gerade Lesben und Schwulen haben in vielen dieser Staaten enorme Verfolgungen erlitten. Die DDR war da eher noch eine Ausnahme. Doch letztlich gab es in diesen Staaten keinen Sozialismus. Sie waren bürokratische Regime, in denen zwar die

kapitalistische Wirtschaft beseitigt war, sich aber eine bürokratische Schicht über der Bevölkerung erhob und ihre Macht sicherte. Der bürokratische Apparat bediente sich der Spaltung. Mit seinem Aufkommen in der Sowjetunion unter Stalin wurden all die Fortschritte für Frauen wie auch für Homosexuelle zurückgenommen. Letztere wurden erneut strafrechtlich verfolgt. Eine wichtige Ursache für diese Entwicklung in der Sowjetunion lag in der Armut Russlands und der Isolierung der russischen Revolution. Eine sozialistische Gesellschaft in der heutigen Welt würde von viel besseren Ausgangsbedingungen ausgehen können. Eine wichtige Lehre aus dem Stalinismus ist auch, dass Sozialismus nicht in einem Land, sondern nur international möglich ist.

Sozialismus zu erreichen heißt aber, nicht passiv darauf zu warten, sondern hier und heute aktiv zu werden. Es heißt neben vielen anderen Dingen auch, alle Spaltungen zurück zuweisen und den Kampf für die Rechte von Lesben und Schwulen nicht nur ihnen selbst zu überlassen. Das gilt hier in Deutschland und international wie in Russland, wo die Mitglieder unserer Schwesterorganisation den dortigen CSD mit organisiert haben.

Egal ob homo oder hetero - der Kapitalismus bietet keine lohnende Zukunft. Eine sozialistische Welt ist möglich und nötig.



Oscar Wilde

Lateinamerika: Der Kampf gegen Vorurteile heißt Klassenkampf

von Alessandra Lacerda (Socialismo Revolucionário, Schwesterorganisation der SAV in Brasilien)

Der südamerikanische Kontinent hat eine Geschichte voller Diskriminierung. Angefangen mit der indigenen Bevölkerung, wie man an dem brutalen Völkermord an ihr sieht oder an den vielen falschen und rassistischen Vorstellungen, die von der indigenen Kultur existieren. Eine ähnliche Situation ist die der Afrikaner, besonders in Brasilien. Die Afrikaner mussten dort nicht nur Sklavenarbeit verrichten, sondern müssen auch

immer noch gegen Rassismus kämpfen.

Das bedeutet für viele ein Leben im ständigen Existenz- und Anerkennungskampf. Die indigene Bevölkerung ist gezwungen, ständig für mehr Arbeit und Würde zu kämpfen. In Bolivien wird das besonders deutlich: Die indigenen Arbeiter spielen hier eine sehr wichtige Rolle im Kampf gegen Klassegegensätze und Angriffe von oben. Die Schwarzen kämpfen überall in Südamerika gegen Vorurteile und ihre schlechte soziale Lage.

Auch Schwule, Lesben, Bi- und Transsexuelle leben oft in einer miserablen

Situation. Die Vorurteile gegen sie sind von anderer Art, aber dahinter steckt dasselbe Prinzip. In allen Bereichen der Gesellschaft kann man Angriffe gegen Homosexuelle beobachten. Es ist generell schwer, offen homosexuell zu leben. Doch auch hier sieht man Unterschiede hinsichtlich des Einkommens. Die reiche Oberschicht kann im Privaten ihre Sexualität leben und Diskriminierung und Vorurteile größtenteils vermeiden.

Hier soll es aber um Homosexuelle außerhalb der Oberschicht gehen, die nicht diese Möglichkeit haben und deren privates Leben ein öffentliches Thema ist.

Sie können jeden Tag eine Geschichte von Diskriminierung und Homophobie erzählen, sei es von Vorurteilen anderer Menschen, die denken, dass Homosexualität ein Problem ist, oder von Diskriminierung seitens der kapitalistischen Institutionen; der Regierung, die nichts gegen gewalttätige Übergriffe tut, der Unternehmen, die Homosexuelle nicht einstellen oder der Kirche mit ihrem homophoben Kurs.

Der Widerspruch in Brasilien

Brasilien ist ein katholisches Land und die Kirche hat viel Macht. Heute steht sie in Konkurrenz mit der evangelischen Kirche, aber ihre Meinung zu politischen und gesellschaftlichen Themen hatte immer ein starkes öffentliches Gewicht, und sie hetzte immer gegen Homosexualität.

Das war einer der Gründe, warum die Schwulen- und Lesbenbewegung immer still und passiv war. Aber als die CSDs weltweit immer größer und sichtbarer wurden, beeinflusste das auch Brasilien und es gab vermehrt Diskussionen über das Thema. Einerseits beharrte die Kirche auf ihrem homophoben Kurs, andererseits gibt es eine riesige homosexuelle Bevölkerung, die zum ersten Mal ein Selbstbewusstsein aufbauen konnte. Schwule und Lesben können jetzt zum Teil zum ersten Mal ihre Sexualität offen leben und haben die Möglichkeit in Kneipen und Klubs Gleichgesinnte kennen lernen.

Der CSD in São Paulo fand erstmals am 28. Juni 1997 mit 2000 TeilnehmerInnen statt und ist inzwischen mit über drei Millionen Menschen im Jahr 2008 die weltweit größte Demonstration dieser Art.

Trotz dieser großen schwul-lesbischen Paraden und der relativ fortschrittlichen Gesetzgebung bestehen in großen Teilen der Bevölkerung weiterhin Vorurteile gegen Schwule und Lesben, was sich besonders in der hohen Anzahl gewalttätiger Übergriffe zeigt.

Klassenkampf

Die enorme schwul-lesbische Subkultur konzentriert sich meistens in großen Städten. In kleineren Städten gibt es zwar auch Homosexuelle, aber sie können dort ihre Sexualität nicht so offen und frei leben, weil die Vorurteile in der Bevölkerung größer sind. Auch in den großen Städten können es sich vor allem reichere Lesben und Schwule lei-

sten, ihr Leben im geschützten Rahmen der Subkultur zu führen. Man könnte denken, es gibt Gleichberechtigung für Homo-, Bi- und Transsexuelle in Brasilien, doch diese bleibt der Masse von ihnen verschlossen. Der „Pink Market“ ist nur für reiche Leute. Die Arbeiter und Arbeiterinnen, die diese Produkte nicht kaufen können und es sich nicht leisten können, in den Klubs unterwegs zu sein, leben mit vielen Schwierigkeiten und müssen weiterhin jeden Tag gegen Vorurteile und Diskriminierung kämpfen.

Doch diejenigen, die sich die schwul-lesbische Subkultur samt all ihrer Produkte nicht leisten können, sind in der Mehrheit, und sie müssen sich verstecken, leben im Dunkeln und sind zur Prostitution gezwungen, um überhaupt zu überleben. Fast alle Unternehmen wollen keine Lesben und Schwule einstellen, einfach nur weil sie lesbisch oder schwul sind.

Diese Situation ist zurzeit sehr verschärft und viele Schwule, Lesben, Bi- und Transsexuelle haben sich organisiert, und jetzt gibt es eine ziemlich große LGBT-Bewegung in Brasilien. Aber entweder wird innerhalb dieser Bewegung der Klassengegensatz nicht erkannt und geglaubt, dass wenn die Homos ein bisschen von der Industrie beachtet werden und als Zielgruppe umworben werden, ist das schon Gleichberechtigung oder die Bewegung verliert sich in NGOs (Non Government Organisations), die leider meistens ziemlich korrupt und von

Unternehmen für deren Interessen aufgekauft sind.

Deshalb glauben wir, dass eine Bewegung ohne klare Strategie und Struktur nicht möglich ist. Man muss eine Partei aufbauen, mit einem deutlichen Programm für Homo-, Bi- und Transsexuelle. Das bedeutet: mehr Arbeitsplätze, gegen Diskriminierung, gleiche Gesetze für homosexuelle Paare und heterosexuelle Paare, Recht auf Gesundheit und vorurteilsfreien Sexualkundeunterricht in der Schule. Aber das sind nur die dringendsten Forderungen. Wir brauchen eine Welt der Gleichberechtigung. In einer kapitalistischen Welt ist das einfach unmöglich, weil der kapitalistische Mechanismus Ausbeutung und Spaltung braucht, um die Macht der herrschenden Minderheit zu festigen und die Gefahr einer gemeinsamen Massenbewegung aller Ausgebeuteten zu verhindern. Jede Spaltung hilft den Herrschenden dabei: Die Unterschiede zwischen Frauen und Männern, hetero und homo oder ethnische Unterschiede.

Wir (Socialimo Revolucionário) sind die brasilianische Schwesterorganisation der SAV und wir bauen die neue linke Partei „P.Sol“ mit auf. Wir kämpfen innerhalb und außerhalb der Partei für die Rechte von Homosexuellen, Bisexuellen, Transsexuellen und Transvestiten. Für uns sind diese Kämpfe Teil des Klassenkampfes für eine sozialistische Gesellschaft, denn völlige Gleichberechtigung ist im Kapitalismus unmöglich.



Demonstration am Rande des Weltsozialforums 2002 in Porto Alegre (Brasilien)

Forderungen der SAV zur Gleichstellung von Homo-, Bi- und Transsexuellen

Viele Organisationen des Komitees für eine Arbeiterinternationale (CWI), dessen deutsche Sektion die SAV ist, sind aktiv in der Bewegung von Schwulen, Lesben, Bi- und Transsexuellen. Wir treten prinzipiell für eine Verbindung dieser Bewegung mit anderen sozialen Kämpfen ein, aber ebenso für das Aufgreifen von schwul-lesbischen Themen in den Gewerkschaften und durch linke Parteien und Organisationen.

Rechtliche Gleichstellung

- **Für die Gleichstellung aller Lebensweisen**
- **Für eine unbürokratische Regelung zum Ausstellen einzelner Rechte an Partner und Freunde (wie Besuchs- oder Auskunftsrecht im Krankenhaus)**
- **Keine staatliche Einmischung in Beziehungen**
- **Erweiterte Beweislastumkehr bei Diskriminierung**
- **Für das volle Adoptionsrecht für Homosexuelle: Familie ist, wo Kinder sind.**
- **Für das Recht auf freie Geschlechtswahl ohne Operationszwang**
- **Gleiche Rechte für alle hier lebenden Menschen**
- **Einführung eines uneingeschränkten Asylrechts und Anerkennung sexueller Verfolgung als Asylgrund**

Soziales, Gesundheit, Bildung

- **Schluss mit der Schnüffelei der Arbeitsagentur und der Sozialbehörden in den Beziehungen**
- **Garantierte Mindestsicherung von 750 Euro netto plus Warmmiete für Erwerbslose und Arbeitsunfähige ohne Anrechnung auf das Einkommen der Partnerin oder des Partners**
- **Für ein öffentliches, kostenloses Gesundheitswesen**
- **Massive Steigerung der öffentlichen Ausgaben für die AIDS-Hilfen, gegen jegliche Einflussnahme der Pharmaindustrie**
- **Überführung der Pharmaindustrie in öffentliches Eigentum bei demokratischer Kontrolle und Verwaltung der arbeitenden Bevölkerung**
- **Für eine vorurteilsfreie sexuelle Aufklärung von Jugendlichen an Schulen und durch öffentliche staatlich finanzierte Projekte**

Kampf gegen Diskriminierung - Bewegung und Szene

- **Für kämpferische Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräte, die gegen jede Art von Diskriminierung oder Mobbing am Arbeitsplatz mobil machen.**
- **Für attraktive und kostenlose öffentliche Angebote für Lesben, Schwulen Bi- und Transsexuelle in den Stadtteilen und in Jugendclubs**
- **Für gemeinsamen Widerstand aller von Diskriminierung und Sozialabbau Betroffenen**

Was will die SAV?

Kein Arbeitsplatz ist mehr sicher. Alle sozialen Rechte sind bedroht. Die Umwelt geht kaputt. So sieht Kapitalismus heute aus. Eine kleine Minderheit besitzt die Banken und Konzerne, hält den Reichtum und die wirtschaftliche Macht in ihren Händen. Oberstes Prinzip in diesem System ist der Profit.

Die SAV ist der Ansicht, dass gegen jede Verschlechterung und für jede Verbesserung gekämpft werden muss – nicht vereinzelt, sondern gemeinsam und organisiert. Alle Erfahrungen zeigen aber: Der Kapitalismus kann nicht zu einer friedlichen und sozial gerechten Gesellschaft umgestaltet werden. Deshalb gilt es, den Kampf für Verbesserungen mit dem Kampf für eine andere, sozialistische Gesellschaft zu verbinden.

Sozialismus heißt, dass planmäßig nach den Bedürfnissen der Menschen produziert wird, unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung. In der DDR gab es keinen Sozialismus. Dort herrschte eine abgehobene Bürokratie. Die Diktatur der Konzerne muss überwunden werden. Weltweit. Dafür bedarf es einer internationalen marxistischen Organisation. Das Komitee für eine Arbeiterinternationale (CWI) will eine solche aufbauen. Die SAV ist Teil des CWI.

Arbeit, Bildung und Soziales

- Weg mit Agenda 2010 und Hartz I bis IV
- Garantierte Mindestsicherung von 750 Euro netto plus Warmmiete
- Mindestlohn von 10 Euro pro Stunde als erster Schritt zu einem Mindestlohn von 12 Euro
- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit – in Ost und West
- 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- Öffentliche Investitionen und Neueinstellungen in den Bereichen Soziales, Bildung und Umwelt
- Für ein öffentliches, kostenloses Gesundheits- und Bildungswesen
- Drastische Besteuerung von Gewinnen, Vermögen und Einkommen
- Nein zu Privatisierung – Rücküberführung privatisierter Betriebe in öffentliches Eigentum

Umwelt und Abrüstung

- Umstellung der Energieversorgung auf erneuerbare Energien
- Abschaltung aller AKWs
- Nein zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr

Gegenwehr

- Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften
- FunktionärInnen dürfen nicht mehr verdienen als einen durchschnittlichen Tariflohn
- Gleiche Rechte für alle – gegen jede Form der Diskriminierung auf Grund von Nationalität, Geschlecht, Behinderung oder sexueller Orientierung

Sozialismus

- Überführung der Banken und Konzerne in Gemeineigentum
- Demokratische Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung
- Durchschnittlicher Tariflohn und jederzeitige Wähl- und Abwählbarkeit aller Personen in Leitungsfunktionen
- Statt Produktion für den Profit – Planung der Produktion nach den Bedürfnissen von Mensch und Natur
- Nein zum Europa der Banken und Konzerne – für ein sozialistisches Europa
- Für eine sozialistische Demokratie weltweit